Die neue Form der Vorlagen verändere in keiner Weise die Situation; er verlange ein positives Programm.

Sodann vertagt der Präsident die Sitzungen bis auf Weiteres, da alle Berathungsgegenstände durch die gestrige motivirte Tagesordnung erledigt seien und nichts Neues vorliege.

10. December. **Conservative Versammlung.** Auf dem Festbankett einer von 240 Personen besuchten Versammlung beantwortet der Conseilspräsident Estrup einen auf das Ministerium ausgebrachten Toast mit der Erklärung, dafs er den schon so lange Zeit geführten Kampf gegen die Opposition auch in Zukunft mit ungeschwächtem Muthe fortsetzen werde.

15. December. **Forderung für die Flotte.** Im Landsthing beginnt die Berathung über die vom Marineminister geforderten aufserordentlichen Bewilligungen über die Entwicklung der Flotte. Bedeutenden Eindruck machen die Ausführungen des Generals Haffner, der die Behauptung aufstellte, dafs trotz der Drei-Kaiser-Begegnung in Skierniewice im letzten Sommer jeden Augenblick in Europa die Kriegslohe aufflammen könne und es für Dänemark unter Umständen sehr gefährlich sein dürfte, wenn es unvorbereitet dastände.

Nachdem von der Linken darauf hingewiesen war, dafs bisher keine ernsthaften Versuche gemacht seien, Dänemarks Neutralisirung zu erwirken, und nachdem ein Mitglied der Rechten geltend gemacht, dafs eine vertheidigungslose Neutralität ein Unding sei, tritt die Kammer in die zweite Berathung ein, in welcher die Vorlage mit 39 gegen 8 Stimmen angenommen und sodann einem Ausschusse überwiesen wird.

V. Frankreich.

6. Januar. **Anerkennung des Vertrags von Hue durch den König von Annam.** Ein Telegramm des Gouverneurs von Cochinchina, Thompson, berichtet, dafs der neue König von Annam den Vertrag vom 25. August unbedingt anerkannt habe. Die Verhandlungen mit dem Hofe von Hue hätten unter Anderm das Resultat gehabt, dafs der Vertrag seitens der Regentschaft öffentlich bekannt gemacht und dafs die feindlich gesinnten Mandarinen und die Mörder der Christen streng bestraft werden würden.

8. Januar. **Eröffnung der Kammer-Session.** Im Senat giebt der Alterspräsident Carnot der Hoffnung Ausdruck, dafs fortan eine gröfsere Sparsamkeit die Finanzverwaltung auszeichnen werde, und fordert die Versammlung zu einem einträchtigen Zusammengehen auf.

In der Deputirtenkammer übernimmt Guichard als Alterspräsident den Vorsitz. Derselbe appellirt an den Patriotismus der Kammer, um die politischen Spaltungen zu verwischen; das Land bedürfe vor Allem der Eintracht.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Darauf wird in die Wahl des Präsidiums eingetreten und Brisson mit 224 von 298 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt; 54 Stimmzettel waren unbeschrieben.

9. Januar. **Conflict mit China.** Aus Hanoi treffen Nachrichten ein, nach welchen dort am 28. v. M. eine furchtbare Explosion stattgefunden; zwei französische Batterien wurden fast ganz zerstört, 1 Artillerist getödtet und 3 Artilleristen verwundet; auch in den in der Nähe des Explosionsortes liegenden Häusern und Kasernen wurden grofse Verwüstungen angerichtet. Man glaubt, dafs die Explosion durch einen unglücklichen Zufall hervorgerufen worden ist. — Zweitausend Annamiten griffen am 28. v. M. einen französischen Posten an, welcher von 50 Mann Marine-Infanterie vertheidigt wurde. Nach mehrstündigem Kampfe zog sich der Feind mit einem Verlust von 100 Mann Todten und Verwundeten zurück.

10. Januar. **Bureauwahl in den Kammern.** Der Senat wählt mit 135 von 153 abgegebenen Stimmen Leroyer zum Präsidenten. Die Wahl der Vice-Präsidenten wird für ungültig erklärt, weil die zur Vornahme der Wahl erforderliche Stimmenzahl fehlte.

Die Deputirtenkammer wählt Sadi Carnot, Spuller, Phillippoteaux und Floquet zu Vice-Präsidenten.

Verstärkung für Tongking. Aus Toulon gehen die Transportschiffe »Annamite«, »Poitou« und »Saint Germain« mit den für die Verstärkungstruppen in Tongking bestimmten Ergänzungen ab.

11. Januar. **Bureauwahl im Senat.** Der Senat wählt Humbert, Peyrat und Teisserenc de Bort zu Vice-Präsidenten; die Wahl des vierten Vice-Präsidenten wird auf morgen vertagt.

12. Januar. **Bureauwahl im Senat.** Im Senat wird Magnin zum vierten Vice-Präsidenten mit 81 Stimmen gegen Calmon gewählt, welcher 50 Stimmen erhielt.

Der Präsident Leroyer erwähnt in seiner Ansprache der verzögerten Budgetvotirung von Seiten der Kammer der Deputirten und sagt: der Senat habe patriotisch gehandelt, indem er berechtigte Empfindlichkeiten zurückgedrängt habe; aber es seien die geeigneten Vorbehalte gemacht worden. Falls sich diese Thatsache wiederholen sollte, werde der Senat wissen, was er zu thun habe.

Deputirtenkammer. In der Deputirtenkammer übernimmt der neugewählte Präsident Brisson den Vorsitz mit einer Ansprache, in der er es als eine Pflicht des Parlaments bezeichnete, die gegenwärtige Generation vor den harten Lehren der Vergangenheit zu bewahren und durch alle Schwierigkeiten hindurchzuführen. Brisson schliefst seine Ansprache mit der Aufforderung zur Versöhnung und zur gegenseitigen Achtung der verschiedenen Meinungen.

16. Januar. **Conflict mit China.** In Hainan landen chinesische Truppen, von Kanton kommend, mit Kriegsmaterial und Torpedos.

17. Januar. **Verstärkung für Tongking.** Aus Toulon geht das Transportschiff »Sarthe« mit 300 Mann sowie mit Munition und Lebensmitteln nach Tongking ab; in Golette nimmt dasselbe noch 200 Maulthiere auf.

19. Januar. **Senat.** Im Senat kritisirt Buffet die finanziellen Mafsnahmen der Regierung. Er betrachtet die Behauptung, dafs das Budget im Gleichgewicht stehe, als eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes. Die Situation sei keine verzweifelte, aber eine

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

schwierige und gefahrvolle. Der Finanz-Minister weist die Angriffe Buffets zurück; er rechtfertigt das Anwachsen der Ausgaben, erkennt aber als unerläfslich an, dieselben hinfort einzuschränken.

Ersatzwahlen zur Deputirtenkammer. In Dieppe wird Grout (Monarchist), im Departement Charente Arnous (Bonapartist) und auf Korsika Bartoli (Republikaner) gewählt.

21. Januar. **Senat.** Bei der Berathung des aufserordentlichen Budgets vergleicht Bocher das Budget der constitutionellen Monarchie mit dem der Republik und weist auf die bedeutende Zunahme der Ausgaben und des Deficits seit dem Jahre 1879 hin. Der Redner bekämpft das aufserordentliche Budget und erklärt schliefslich: man müsse neue Steuern auflegen oder die Ausgaben vermindern. Freycinet erwidert: keine Regierung seit dem Jahre 1830 habe ohne ein aufserordentliches Budget für öffentliche Arbeiten auskommen können; das 19. Jahrhundert sei ein Jahrhundert des Fortschritts.

Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf, betreffend die theilweise Uebernahme des Budgets der Pariser Polizeipräfectur auf das Ministerium des Innern, mit 284 gegen 213 Stimmen an.

Die Pariser Constabler protestiren gegen die hinsichtlich der Pensionsbedingungen durch den Entwurf vorgenommenen Veränderungen.

22. Januar. **Senat.** Der Senat stellt den von der Deputirtenkammer abgelehnten Credit von 3 Millionen zur Fortsetzung der Eisenbahnarbeiten am oberen Senegal wieder her.

24. Januar. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer beginnt die Berathung über die Interpellation Langlois, betreffend die wirthschaftliche Krisis.

Im Senat wird über die von der Regierung für die Schulkasse geforderten Beträge verhandelt; dieselben werden, obschon die Opposition sich um einen Abstrich von 30 Millionen bemüht, schliefslich mit 177 gegen 34 Stimmen bewilligt.

Deputirtenkammer. Die Deputirtenkammer fährt in der Berathung über die wirthschaftliche Krisis und die Lage der Arbeiter fort, wobei zahlreiche Redner alle möglichen Systeme anpreisen. Laroche-Joubert empfiehlt Betheiligung der Arbeiter am Gewinn. Frédéric Passy sucht nachzuweisen, dafs die wirthschaftliche Krisis nicht den Handelsverträgen zuzuschreiben sei; eine wirkliche Lösung könne nur die Freiheit der Arbeit und die Handelsfreiheit bringen.

28. Januar. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer setzt die Berathung über die wirthschaftliche Krisis und die Lage der Arbeiter fort. Ministerpräsident Ferry erklärt, er erkenne die Schwere der in Paris herrschenden Krisis an, aber es sei schwierig, eine Grundstückkrisis zu heilen, welche durch übermäfsige Baulust hervorgerufen sei. Es sei jedenfalls nicht zu verantworten, neue Bauplätze in Angriff zu nehmen. Die Frage, betreffend die Handelsfreiheit, sei für 9 Jahre gelöst. Es sei nicht angänglich, daraus fortdauernd eine Frage zu machen. Uebrigens sei die Krisis nicht eine allgemeine, sondern im wesentlichen eine auf Paris beschränkte. Zu den Ursachen der Pariser Krisis gehöre auch die übertriebene Steigerung der Löhne, welche der Concurrenz des Auslandes Thor und Thür öffne. Frankreich könne die Grenzen nicht abschliefsen. „Wir exportiren an fabricirten Artikeln für 1200 Millionen mehr, als wir importiren; es ist

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

unmöglich, den ausländischen Arbeiter auszuschliefsen, weil wir französische Arbeiter im Auslande haben.“ Seit 6 Jahren seien 6 Milliarden für Bauten in Paris ausgegeben, welche sich schwer vermietheten, es würde unverantwortlich sein, der Bausucht weiter zu fröhnen. Die Kammer dürfe nicht dem Bettelsystem Vorschub leisten, welches sich unter der Form der Crediteröffnung verberge.

29. Januar. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer genehmigt das aufserordentliche Budget mit den vom Senate beschlossenen Modificationen, mit Ausnahme des vom Senate wiederhergestellten Credits von 3 Millionen zur Fortsetzung der Eisenbahnarbeiten am oberen Senegal. Dieser Credit soll in einer besonderen Gesetzvorlage beantragt werden.

Der Senat nimmt das aufserordentliche Budget in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Fassung einstimmig an.

Ministerrath. Schulsteuer. Im Ministerrath wird über das Budget von 1885 berathen und beschlossen, die Ausgaben soweit als nur irgend möglich zu verringern. Jules Ferry stellt den Antrag, eine Schulsteuer zu erheben, welche als allgemeine Steuer von allen Bürgern erhoben werden soll. Das Schulgeld, dafs der einzelne Bürger für seine Kinder früher bezahlen mufste, ist schon durch das Gesetz von 1881 über die Unentgeltlichkeit des Elementarunterrichts abgeschafft worden.

Zölle in den Colonieen. Der Unterstaatssecretär der Colonieen richtet an die Generalräthe von Guadeloupe, Martinique und Réunion ein Rundschreiben, worin er deren besondere Aufmerksamkeit darauf hinlenkt, in ihrem Zollwesen den französischen Fabricaten eine besondere Vergünstigung dadurch zu schaffen, dafs sie von den Erzeugnissen des Auslandes „eine gewisse Eingangsabgabe erheben.“

31. Januar. **Ordensleute in den Spitälern.** Die Regierung erklärt den Beschlufs des Pariser Gemeinderaths, wodurch die Unterstützung von seiten der Stadt jedem Spital entzogen werden soll, dessen Personalbestand nicht vollständig aus Laien besteht, für nichtig.

2. Februar. **Enquête über die wirthschaftliche Lage.** Die Deputirtenkammer setzt ihre Berathungen über die Interpellation Langlois, betreffend die wirthschaftliche Krisis, fort. Germain räth dringend zur Verminderung der Ausgaben und Beschränkung der öffentlichen Arbeiten und spricht die Hoffnung aus, dafs die gegenwärtige Anleihe die letzte sein werde. Die Kammer nimmt schliefslich durch Handaufheben die von Rouvier vorgeschlagene, von der Regierung acceptirte Tagesordnung an, in welcher gesagt wird, dafs die Kammer entschlossen sei, die begonnenen Reformen weiter zu verfolgen und alle auf Verbesserung der Lage der Arbeiter gerichteten Vorschläge zu prüfen. — Darauf geht die Kammer zur Berathung der Frage über, ob eine Enquête-Commission einzusetzen sei. Jules Ferry meint, die Kammer werde ohne Zweifel der Resolution Clémenceau die Priorität bewilligen, sie werde aber diese Resolution selbst nicht annehmen, da eine Enquête über die Lage der Industrie und des Landbaues bereits vor der Berathung des allgemeinen Zolltarifs stattgefunden habe, und die augenblicklich im Zuge befindliche Enquête über die Pariser Industrie bald abgeschlossen sein werde. Clémenceau hält indessen

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

seinen Antrag auf eine Enquête aufrecht, welche von der Kammer mit 254 gegen 249 Stimmen angenommen wird.

Der Senat lehnt den Artikel 5 des Gesetzes über die Bildung von Genossenschaften, in welchem eine Vereinigung gewerblicher Syndikate gestattet wird, mit 136 gegen 117 Stimmen ab. Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, war für diesen Artikel eingetreten.

Krieg in Tongking. Admiral Courbet telegraphirt aus Hanoi: „Die Expedition in der Provinz Nam-Dinh ist beendet. Die Rebellen unter dem Befehl von De-Doc sind unter grofsen Verlusten vollständig auseinandergesprengt. Ihr verwundeter Anführer hat sich nach Bacninh geflüchtet. Ebenso haben die fliegenden Colonnen in der Provinz Sontay die feindlichen Banden zerstreut und 4- bis 500 Mann dabei getödtet. An der Küste von Tongking zerstörte der »Parseval« das chinesische Piratennest auf den Inseln Gow-Fow und Font-Tai-Moon. Die Piraten verloren viele Todte und Verwundete. In Hué scheint die Stimmung eine vorzügliche; der König hat zwei Bevollmächtigte ernannt, um den Chefcommandanten bei der Pacificirung des Landes zu unterstützen. In Bacninh ist Uneinigkeit zwischen den chinesischen und annamitischen Truppen ausgebrochen."

3. Februar. **Todesfall.** † der ehemalige Staatsminister Napoleons III., Rouher.

4. Februar. **Interpellation über die Convention mit den Eisenbahngesellschaften.** In der Deputirtenkammer richtet Haentjens (Bonapartist) eine Interpellation an die Regierung über die Conventionen mit den Eisenbahngesellschaften und beantragt die Abschaffung der Steuer für die Courierzüge, welche den Conventionen zufolge eine entsprechende Herabsetzung der Tarife nach sich ziehen würde. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Raynal, erklärt: die Aufhebung dieser Steuer sei unmöglich, da sie einen Verlust von 24 Millionen für den Staatsschatz herbeiführen würde. Haentjens besteht jedoch auf seinem Antrage. Die Kammer nimmt indessen eine der Regierung günstige Tagesordnung an.

7. Februar. **Fleischschau.** Von der Deputirtenkammer wird der Antrag des Deputirten Gaudin von Nantes auf Einrichtung einer Fleischschau für importirte Fleischwaaren in Erwägung genommen.

9. Februar. **Massacre der Christen in China.** Der französische Bischof Puginier in Tongking meldet, dafs in Hongkong ein Priester, 22 Katecheten und 215 Christen umgebracht wurden, und verlangt gleichzeitig Hülfe.

12. Februar. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer nimmt den § 1 des Gesetzentwurfs, betreffend das Verbot von Kundgebungen auf öffentlichen Strafsen und Plätzen, mit den von dem Ministerium genehmigten Modificationen mit 300 gegen 183 Stimmen an.

13. Februar. **Massacre der Christen in Annam.** Nach einem Telegramm des Admirals Courbet sind die Mandarinen, welche die Niedermetzelung der Christen in Thanhoa zuliefsen, auf Befehl des Hofes von Hue vor Gericht gestellt und bestraft worden.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Wie die »Patrie« meldet, sind aufser den Niedermetzelungen in Thanhoa noch andere Gewaltthätigkeiten gegen Christen in Annam vorgekommen. So meldet der Bischof Gaspar, apostolischer Vicar des nördlichen Cochinchina, dafs mehrfache Metzeleien in der Umgegend von Hue vorgekommen, verschiedene Christenniederlassungen zerstört und mehr als 50 Christen umgebracht worden seien. Durch hochgestellte Mandarinen gedungene Banden zögen durch das Land mit dem Rufe: „Tod den Christen, Tod den Franzosen!“ wobei sie plünderten und mordeten. Das Vicariat im östlichen Cochinchina sei gleicher Gefahr ausgesetzt. Die Christen in der Umgegend von Turane verliefsen die Dörfer und begäben sich nach Quinhon, wo sie Franzosen anzutreffen hofften.

14. Februar. **Aufschub einer Erhöhung der Elementarlehrergehälter.** Die Regierung beschliefst, in das Budget für 1885 keinerlei neue Ausgabe aufnehmen zu lassen. Die Anwendung des Elementarlehrergesetzes, nach welchem eine Erhöhung der Lehrergehälter eintreten soll, ist bis auf Weiteres verschoben und die Herstellung des Gleichgewichts im Budget damit gesichert, ohne dafs es der Einführung einer neuen Abgabe bedarf.

Die Deputirtenkammer genehmigt den Artikel 2 des Gesetzentwurfs über das Verbot von Kundgebungen auf öffentlichen Strafsen und Plätzen, welche aufrührerische Rufe und Lieder sowie aufrührerische Anschläge mit Strafe belegt, in der vom Ministerium beantragten Fassung.

Deputirtenkammer. Die Deputirtenkammer nimmt bei der weiteren Berathung des Gesetzentwurfs über das Verbot von Kundgebungen auf offener Strafse ein Amendement Goblet an, wonach die in aufrührerischen Rufen und Manifestationen bestehenden Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz von dem Geschwornengericht und nicht, wie der Regierungsentwurf vorschlägt, von dem Zuchtpolizeigericht abgeurtheilt werden sollen.

Die Regierung hatte bei der Abstimmung die Vertrauensfrage nicht gestellt.

Wechsel des Commandos in Tongking. Courbet übernimmt den Befehl über die Flottendivision, nachdem General Millot am 12. den Oberbefehl übernommen hat.

19. Februar. **Ausschliefsung der Orden vom Elementarunterricht.** Die Deputirtenkammer beräth die Vorlage, betreffend die Organisation des Elementarunterrichts, und nimmt den Artikel, welcher bestimmt, dafs dieser Unterricht in den Staatsschulen ausschliefslich Laien anvertraut werden soll, trotz des Einspruchs des Bischofs Freppel an.

21. Februar. **Eisenbahn am Senegal.** Zum Bau einer Eisenbahn von Dakar nach St. Louis am Senegal wird von der Kammer ein Credit von 5 Millionen Franken bewilligt.

Krieg in Tongking. Ein Bataillon und eine Batterie, die von Hai Dzuong ausgerückt sind, besetzen die grofse Pagode, die am Zusammenflufs des Song-Koi und des Canals des Kapides liegt, und verschanzen sich dort, ohne einen Schufs abzufeuern. Die Pagoden werden in der Nacht vom 25. d. M. zweimal vom Feinde angegriffen, dieser aber mit bedeutenden Verlusten zurückgeschlagen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

23. Februar. **Todesfall.** † der ehemalige Kriegsminister General Borel.

Interpellation über Madagaskar. In der Deputirtenkammer interpellirt der Deputirte Lamenau (radical) die Regierung wegen Madagaskars. Jules Ferry sagt in seiner Erwiderung: es handle sich um keine Expedition, sondern um eine blofse Operation, um das Recht der Polizeiübung, das jeder grofsen Nation über untergeordnete Bevölkerungen zustehe, wieder zu Ansehen zu bringen. Die Unterhandlungen mit den Howas würden noch fortgesetzt; es würde inopportun sein, diese Frage gegenwärtig zu discutiren.

26. Februar. **Todesfälle.** † die Generäle Wimpffen und Schramm.

28. Februar. **Interpellation über die Arbeiterbewegung im Norddepartement.** In der Deputirtenkammer erwidert auf eine Anfrage des Deputirten Girard wegen der Strike-Bewegung im Departement du Nord der Arbeits-Minister Raynal: die Regierung könne nicht interveniren, die Verwaltungsbeamten führen aber fort, ihren Einflufs in versöhnlichem Sinne geltend zu machen.

29. Februar. **Interpellation über die Lage der Landwirthschaft.** Im Senat richtet Graf St. Vallier eine Anfrage an die Regierung über die gegenwärtige Lage der Landwirthschaft und weist darauf hin, dafs im Departement der Aisne die Landwirthschaft jahrelang eine blühende gewesen sei, jetzt aber vor dem Ruin stehe, und das sei im allgemeinen die Lage der Landwirthschaft in ganz Frankreich. Die Hauptursache sei die in bezug auf landwirthschaftliche Producte eingetretene Concurrenz und die Einfuhr von fremdem Vieh; er verlange daher die Einführung landwirthschaftlicher Schutzzölle.

Der Minister für Landwirthschaft erwidert: Cerealien und Vieh seien in den Handelsverträgen ausgeschlossen; man würde daher von diesen Producten Zölle nach dem Generaltarif erheben können, aber er halte das für dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufend. Er schlage vor, in dem Departement der Aisne eine Untersuchung betreffs der Lage der Landwirthschaft vorzunehmen, und empfehle die Annahme des Gesetzentwurfs über den landwirthschaftlichen Credit, der den Landwirthen den Ankauf von landwirthschaftlichen Maschinen, Werkzeugen und Sämereien erleichtern werde.

4. März. **Münzconvention. Rentenbesteuerung.** In der Deputirtenkammer richtet Baron de Soubeyran eine Anfrage an den Finanzminister bezüglich der lateinischen Münzconvention, welche Ende dieses Jahres ablaufe.

Tirard erwidert: es seien bereits Pourparlers eingeleitet, um eine Erneuerung der Convention herbeizuführen. Die Regierung werde darüber wachen, dafs alle Interessen Frankreichs sicher gestellt würden. Haentjens interpellirt den Finanzminister über den Commissionsbericht, welcher eine Besteuerung der Rente vorschlägt, und beantragt, den Commissionsbericht auf die Tagesordnung zu setzen. Der Finanzminister erklärt: die Regierung werde jede Besteuerung der Rente bekämpfen, überlasse aber der Kammer, den Zeitpunkt für die Berathung hierüber festzusetzen.

6. März. **Interpellation über die Arbeiterbewegung.** In der Deputirtenkammer interpellirt Girard die Regierung über den Strike in Anzin.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Raynal, erwidert: die Regierung könne in einer Lohnfrage nicht interveniren. Von der Kammer wird mit 345 gegen 139 Stimmen betreffs der Interpellation die einfache Tagesordnung angenommen.

7. März. **Handelsconvention mit Oesterreich.** Der Senat genehmigt die Handelsconvention mit Oesterreich. Ein Amendement Buffets, betreffend die Einleitung neuer Verhandlungen über den Artikel 4 bezüglich des Gesundheitszustandes des importirten Viehes, wird mit 172 gegen 89 Stimmen abgelehnt. Der Ministerpräsident Ferry erklärt: die jetzige Convention hindere nicht, im Falle einer Viehseuche die Grenze für die Vieheinfuhr zu schliefsen, und spricht dabei zugleich die Hoffnung auf den baldigen Abschlufs eines Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn aus.

8. März. **Anklage gegen den Bischof von Angers.** Der Bischof von Angers, Freppel, wird beim Staatsrath wegen Amtsmifsbrauch angeklagt.

Ernennung der Schulvorsteher. Die Kammer der Deputirten beschliefst mit 318 gegen 175 Stimmen, dafs die Schulvorsteher von den Präfecten und nicht von den Akademie-Rectoren ernannt werden sollen.

Krieg in Tongking. Zwei Bataillone von der Brigade Brière de l'Isle überschreiten den Rothen Flufs vor Hanoi am Nachmittag des 7. General Millot folgt mit dem Rest der Truppen. Die Colonne marschirt längs des südlichen Ufers des Canals der Stromschnellen. Sie umgeht somit die zahlreichen Befestigungswerke, welche die Chinesen auf der directen Strafse von Hanoi nach Bacninh aufgeworfen haben.

Die Colonne des Generals Négrier nimmt am 9. März 2 Forts bei Yendinh, 12 km von Bacninh entfernt. Die Verluste der Franzosen sind gering; nur 1 Offizier wird getödtet. Der Feind zieht sich auf die Befestigungen von Bacninh zurück. Die Colonne des Generals Brière trifft am 10., ohne vom Feinde behelligt zu werden, in Chi ein, wo sie den Stromschnellenkanal überschreitet und die Verbindung mit der Colonne des Generals Négrier herstellt.

9. März. **Attentat gegen den Grafen von Paris.** Im Bureau der Messagerie wird ein an den Grafen von Paris adressirtes Paket abgegeben, welches als verdächtig angehalten wird und bei der Untersuchung sich als mit Dynamit gefüllt erweist.

10. März. **Erhöhung der Lehrergehälter.** In der Deputirtenkammer bekämpft der Minister des öffentlichen Unterrichts, Fallières, den Antrag der Unterrichtscommission; die Erhöhung der Lehrergehälter im Princip zu votiren, und beantragt: die Erhöhung zu vertagen bis zur Berathung der correspondirenden Credite in dem Budget pro 1885.

Finanzminister Tirard spricht sich ebenfalls gegen den Antrag der Commission aus und sucht nachzuweisen, dafs es unmöglich sei, Credite für die beantragte Erhöhung zu finden. Der Berichterstatter der Commission, Bert, behauptet, dafs, wenn man die Veranlagung der Steuern modificirte, man die erforderlichen Fonds namentlich in dem Budget des Unterrichtsministeriums finden könne. Ministerpräsident Ferry weist diese Behauptungen zurück und erklärt: die Regierung könne nur eine Vertagung der Angelegenheit annehmen. Diese wird mit 315 gegen 217 Stimmen beschlossen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

13. März. **Krieg in Tongking. Einnahme von Bacninh.** General Millot meldet die Einnahme der Höhen von Tsungson durch die 1. Brigade. Die zweite Brigade ging, von der Flottille unterstützt, den Songkau hinauf, bemächtigte sich rasch der Vertheidigungswerke von Vat Buoi und des Sperrwerks bei Laobuoi und trieb den Feind bis auf die Höhen von Dapcau, wo die combinirte Bewegung beginnt und alle Operationen bis in die Einzelheiten vollständig glückten. Die Truppen erbeuteten 100 Kanonen, eine grofse Anzahl Gewehre und Munition.

14. März. **Krieg in Tongking.** Bei Haiphong wird ein kleines Handelsschiff von Piraten genommen und der französische Kapitän nebst 11 Mann der Schiffsmannschaft getödtet.

17. März. **Krieg in Tongking.** Die Generale Négrier und Brière stofsen auf chinesische Truppen, werfen sie aus ihren Stellungen und erobern Munitionsvorräthe und Fahnen. Négrier nimmt das Fort Phulong.

Eine Depesche des Generals Millot aus Bacninh besagt, die chinesischen Truppen seien auf der einen Seite bis Thainguyen, auf der andern bis halbwegs Langson zurückgetrieben; einen weiteren Vormarsch halte er für unnütz; das Fort Phulong werde er als eine Art Vorposten besetzt halten.

18. März. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer nimmt das Gesetz über den Elementarunterricht im ganzen mit 396 gegen 109 Stimmen an.

20. März. **Deputirtenkammer.** Die Deputirtenkammer lehnt den Antrag, bei der Wahl der Budgetcommission das Listenscrutinium anzuwenden, was auch eine Vertretung der Minorität in der Commission ermöglicht haben würde, mit 310 gegen 201 Stimmen ab.

21. März. **Auszeichnungen für die Theilnehmer der Tongkingexpedition.** Der Senat und die Kammer genehmigen die Vorlage, betreffend die Ordensauszeichnungen und Belohnungen für die Theilnehmer an der Tongkingexpedition, einstimmig.

Gelbbuch über Madagaskar. Das den Kammern zugegangene Gelbbuch über Madagaskar enthält Mittheilungen über die im November v. J. mit den Howas geführten Verhandlungen, die um deswillen zu keiner Verständigung führten, weil die Howas Rechte Frankreichs auf den Nordwesten der Insel nicht anerkennen wollten, vielmehr eine Geldsumme boten, deren Annahme französischerseits abgelehnt wurde.

Krieg in Tongking. General Millot meldet die Einnahme der Citadelle Thoï Nguyen durch den General Brière. Eine Menge Fahnen, 40 Bronze-Kanonen werden erbeutet.

24. März. **Interpellation über Madagaskar.** In der Deputirtenkammer begründet Lanessan (äufserste Linke) die Interpellation in betreff Madagaskars und verlangt, ohne die Politik der Regierung einer Kritik zu unterziehen, Aufklärungen. Sämmtliche Redner, sowohl von der Rechten wie von der Linken, stellen die Rechte Frankreichs auf Madagaskar als unbestreitbare und unbestrittene dar und fordern ein promptes und energisches Vorgehen der Regierung.

25. März. **Bestrafung eines Königlichen Prinzen von Hue.** Der französische Geschäftsträger am Hofe von Hue meldet, dafs der Prinz

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der Königlichen Familie, welcher seiner Zeit die Niedermetzelung der Christen veranlafst hatte, hingerichtet worden sei.

26. März. **Entwurf, betreffend das Armee-Avancement.** Die Deputirtenkammer nimmt den Gesetzentwurf, betreffend das Armee-Avancement, an. Ein Amendement, welches die Abschaffung der Würde eines Marschalls von Frankreich beantragt, wird mit 319 gegen 198 Stimmen abgelehnt.

27. März. **Militärische Ernennungen.** Der Ministerrath bestätigt die Ernennungen des Generals Saussier zum Militärcommandanten von Paris, des Generals Davoust zum Commandanten des Armeecorps in Algier und des Generals Billot zum Commandanten des Armeecorps in Lille.

Verfassungsrevision. Interpellation über Madagaskar. In der Deputirtenkammer bringt Barodet (radical) den Antrag auf Revision der Verfassung ein und verlangt für denselben die Dringlichkeit.

Ministerpräsident Ferry bekämpft die Dringlichkeit und erklärt: die Regierung beabsichtige, die Kammer bei Beginn der Maisession mit der Revisionsfrage zu beschäftigen und die bezügliche Vorlage bei dem Senat und der Kammer gleichzeitig einzubringen. Der Dringlichtsantrag Barodets wird schliefslich mit 389 gegen 208 Stimmen abgelehnt und hierauf die Berathung der Interpellation über Madagaskar fortgesetzt. Ministerpräsident Ferry erklärt: Frankreich verfolge einen civilisatorischen Zweck; seine Zurückforderungen gründeten sich auf die Verträge von 1860 und 1868. Die Verhandlungen seien unterbrochen gewesen, am 1. Februar d. J. aber wieder aufgenommen worden. Es sei sehr zu wünschen, dafs dieselben zum Abschlusse eines Vertrages führten, der den Völkerschaften im Nordwesten von Madagaskar und den französischen Staatsangehörigen Schutz gewähre, denn es sei unzulässig, dafs alle Ausländer, mit alleiniger Ausnahme der Franzosen, Eigenthum in Madagaskar sollten erwerben können. Das Aufwerfen der Souveränetätsfrage würde zu einem Kriege auf Leben und Tod mit den Howas führen und eine Eroberungspolitik involviren; man müsse daher bescheiden und weise bleiben, um praktische Resultate zu erzielen. Die tunesische Angelegenheit sei beendet, diejenige in Tongking nahe sich ihrem Ende; es würde nicht verständig sein, etwas Neues zu unternehmen. Wenn indefs die Verhandlungen zu keinem Ziele führen sollten, werde kein Mittel unterlassen werden, die Howas unterwürfig zu machen, die Frankreich nicht ungestraft Trotz bieten dürften. Am Schlufs seiner Rede verlangt Ferry eine Tagesordnung, welche eine Politik des Aufgebens der begonnenen Unternehmung ausschliefse und die Erörterung der Frage im Einzelnen einer Commission zuweise, mit der sich die Regierung verständigen werde. Die Kammer nimmt darauf mit 450 gegen 32 Stimmen eine Tagesordnung an, welche dem Entschlufs Ausdruck giebt, alle Rechte Frankreichs auf Madagaskar aufrecht zu erhalten, und welche die Creditforderung an eine besondere Commission zur Berathung verweist.

29. März. **Beibehaltung der Einjährig-Freiwilligen.** Der Ministerrath beschliefst die Beibehaltung der Einrichtung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes nur für Schüler der höheren Normalschulen. Die jungen Leute, die sich nur zu den freien Berufsarten vorbereiten, sind zu dreijähriger Dienstzeit verpflichtet.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Strike in Anzin. Die Kohlenarbeiter in Anzin striken und üben Gewaltthätigkeiten gegen Gensdarmen und Militär.

6. April. **Krieg in Tongking.** Die Expedition gegen Honghoa beginnt. Die Concentration der Brigaden Brière und Négrier erfolgt bei Sontay; beide gehen am Ufer des Schwarzen Flusses, die erste am linken, die zweite am rechten Ufer desselben, vor; die Mitwirkung der Kanonenboote ist durch das sehr hohe Wasser erschwert. Der Feind wird von Lionvinloc befehligt; die Zahl der Mannschaften der Schwarzen Flaggen wird auf 3000, diejenige der Chinesen auf 12 000 Mann geschätzt; ein Theil der Letzteren hält den Weg auf dem linken Ufer des Rothen Flusses vor Honghoa besetzt.

Nachwahl zur Deputirtenkammer. In Moulins wird Bouel (Republikaner) mit 5859 gegen Corne (Monarchist) 4604 Stimmen gewählt.

8. April. **Vertagung des Senats.** Der Senat genehmigt die Finanzconvention mit Tunis und vertagt sich darauf bis zum 20. Mai.

Rekrutirungsgesetz. Interpellation über den Strike in Anzin. Die Deputirtenkammer setzt die Berathung des Rekrutirungsgesetzes fort und beschliefst fast einstimmig, in die Specialberathung der Vorlage einzutreten; diese soll nach dem Wiederzusammentritt der Kammer am 20. Mai beginnen. Clovis-Hugues interpellirt die Regierung bezüglich der Intervention von Truppen bei dem Strike in Anzin. Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, erklärt: die Regierung habe vorsichtshalber Truppen nach Anzin entsandt, weil sich dort verschiedene Individuen befanden, welche den Strike in eine politische Bewegung zu verwandeln suchten. Die Kammer nimmt hierauf mit 327 gegen 66 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher dem Vertrauen zu den guten Absichten der Regierung bezüglich der Arbeiter Ausdruck gegeben wird.

Die Kammer vertagt sich bis zum 20 Mai.

9. April. **Verhandlungen in Madagaskar.** Ministerpräsident Ferry erklärt in der Commission für Madagaskar: die Verhandlungen mit den Howas seien von neuem abgebrochen worden. Admiral Millot, welcher sich in Marseille nach Madagaskar einschifft, habe infolgedessen Instructionen erhalten, an der Westküste neue Punkte zu besetzen, um die sich aus den Verträgen ergebenden Rechte Frankreichs sicher zu stellen. Der Marineminister werde bei dem Wiederzusammentritt der Kammer die erforderlichen Credite nachsuchen.

Niedermetzelung von Christen. 5 französische Missionaire und 30 Katecheten werden in der Provinz Thanhoa im westlichen Tongking niedergemetzelt.

Strike in Anzin. An verschiedenen Punkten des Kohlenreviers von Anzin finden Dynamitexplosionen statt, welche gegen nicht strikende Arbeiter gerichtet sind. Von diesen wird jedoch Niemand dadurch verletzt.

Krieg in Tongking. Einnahme von Honghoa. Die Brigade Négrier bombardirt das vor Honghoa gelegene Dorf. Der Feind begann darauf die Stadt zu räumen, nachdem er Feuer an dieselbe gelegt hatte. Die Brigade Brière passirte während des Rückzuges des Feindes den Schwarzen Flufs, um Honghoa von der Seite der Berge her zu umgehen. Die Chinesen fliehen in der Richtung auf Phulang.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Am 12. zieht General Millot ohne Kampf in die Stadt, welche zum gröſsten Theil zerstört ist.

14. April. **Enthüllung des Gambetta-Denkmals.** In Cahors wird das Denkmal für Gambetta eingeweiht unter Ansprachen des Ministerpräsidenten Ferry und des Kriegsministers.

15. April. **Ferry über die auswärtige Politik.** Bei dem auf die Einweihung des Gambetta-Denkmals folgenden Banquét bespricht Ministerpräsident Ferry auch die auswärtige Politik. Er erklärt: Frankreich sei eine Seemacht und habe vielfache Interessen in allen Ländern, es sei aber auch eine continentale Macht und könne nicht die Hand legen lassen an irgend ein legitimes Interesse, das es auf dem Continent habe. Ferry bemerkt dann weiter: die Demokratie müsse begreifen lernen, daſs sie einen friedlichen und heilsamen Einfluſs in Europa ausüben könne. Frankreich müsse Klugheit und Stetigkeit zeigen; wenn es eine bessere Stellung in Europa einnehme, so geschehe dies, weil das Parlament der Regierung wiederholt Zeichen seines Vertrauens gebe; daher rühre es auch, daſs die Regierung Autorität habe, wenn sie sich dem Auslande gegenüber vernehmen lasse. Die Regierung dürfe keinerlei Dunkel über ihre Absichten lassen; sie habe die Erfüllung dieser Pflicht niemals versäumt; man wisse in Europa, mit wem die Regierung zusammengehe und mit wem nicht.

16. April. **Krieg in Tongking.** General Millot sendet folgende Depesche: Nach der Einnahme von Honghoa durch unsere Truppen flüchtete sich der aufständische Prinz Hoang-Ke-Viem in der Richtung nach Dong-Van und der Führer der Schwarzflaggen nach Phu-Lam-Thien. Unsere Truppen verfolgten sie unablässig. Die Citadellen von Phu-Lam-Thien und Dong-Van wurden genommen und geschleift, und der Feind ist in vollständiger Deroute. Wir werden unsere Operationen auf dem rechten Ufer des Day fortsetzen, um den südlichen Theil von Tongking zu säubern und vollständige Genugthuung für die Massacres zu erhalten, die daselbst vor drei Monaten stattfanden. Unsere Verluste seit dem Marsch auf Honghoa betragen fünf europäische Soldaten und elf annamitische Hülfstruppen. Die Letzteren ertranken beim Uebersetzen des Flusses.

24. April. **Conferenzvorschlag über Aegypten.** Der englische Botschafter überreicht dem Ministerpräsidenten eine Note, in welcher vorgeschlagen wird, eine Conferenz bezüglich des ägyptischen Liquidationsgesetzes abzuhalten. Am 1. Mai begiebt sich der Botschafter Waddington nach London zurück, um dem englischen Cabinet die Antwort der französischen Regierung in betreff des Conferenzvorschlages zu überbringen. Die Antwort erklärt, daſs die französische Regierung die Conferenz im Princip acceptire, und giebt die Gründe an, welche die französische Regierung veranlassen, anzunehmen, daſs die Conferenz nicht auf die Berathung der finanziellen Frage beschränkt sein solle, sondern sich auch mit der allgemeinen Situation in Aegypten zu beschäftigen haben werde.

4. Mai. **Municipalwahlen.** Das Resultat der Gemeindewahlen ist folgendes: In 230 von 256 Kreishauptstädten ist die Majorität eine republikanische, 150 Gemeinderäthe sind vollständig fortschrittlich republikanisch. 26 Municipialräthe wurden ganz oppositionell gewählt:

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

1 radical-intransigent (Carcassonne), 4 der Mehrheit nach radical, 6 durchgehends antirepublikanisch, 15 der Mehrheit nach ebenso.

Von den meistbegünstigten Candidaten der verschiedenen Listen erzielten: die republikanischen 2834569, die bonapartistischen 685422, die monarchistischen 1273963, die intransigenten 226862.

6. Mai. **Auszeichnung des Bischofs Puginier.** Bischof Puginier in Tongking wird zum Ritter der Ehrenlegion ernannt.

8. Mai. **Abschied des chinesischen Gesandten.** Der bisherige chinesische Gesandte Marquis Tseng wird vom Präsidenten in Abschiedsaudienz empfangen.

11. Mai. **Vertragsabschlufs mit China.** Der mit den Vollmachten des Pekinger Hofs ausgestattete Vicekönig von Petchili, Li-Hung-Tschang, und der von der französischen Regierung bevollmächtigte Commandant Fournier unterzeichnen in Tientsin eine Convention in vier Artikeln, die der zwischen Frankreich und China obschwebenden Meinungsverschiedenheit ein Ziel setzt.

In Artikel 1 verpflichtet sich Frankreich, die südliche Grenze Chinas gegen Tongking zu achten und nöthigenfalls zu schirmen. China seinerseits, über die Unantastbarkeit und die Sicherheit seiner Südgrenzen beruhigt, verpflichtet sich, ohne Verzug alle chinesischen Garnisonen Tongkings innerhalb dieser Grenzen zurückzuziehen. Ferner verpflichtet es sich, „in der Gegenwart und in der Zukunft die direct abgeschlossenen oder abzuschliefsenden Verträge zwischen Frankreich und dem Hofe von Annam zu respectiren“ (Artikel 2). Artikel 3 besagt, dafs „Frankreich in Anerkennung der versöhnlichen Haltung Chinas und um der patriotischen Weisheit Sr. Excellenz Li in der Unterhandlung dieses Uebereinkommens eine Huldigung darzubringen, auf eine Entschädigung von seiten Chinas verzichtet.“ Dieses verpflichtet sich dagegen, auf dem ganzen südlichen Grenzgebiete den freien Waarenhandel „zwischen Annam und Frankreich einer- und China andererseits zuzulassen.“ Zu diesem Behufe wird ein Handels- und Tarifvertrag „in dem versöhnlichsten Geiste auf Seiten der chinesischen Unterhändler und unter den vortheilhaftesten Bedingungen für den französischen Handel“ abgeschlossen werden. Endlich sollen beide Regierungen, sobald die Convention unterzeichnet ist, ihre Bevollmächtigten ernennen und diese binnen drei Monaten zusammentreten, um nach den bereits festgesetzten Grundlagen definitiv zu unterhandeln.

13. Mai. **Rückberufung der Truppen von Tongking.** Der Ministerrath beschliefst, einen Theil der in Tongking befindlichen Truppen staffelweise zurückzurufen, und es sind für die Rücksendung eines Regiments die erforderlichen Befehle bereits abgegangen.

Durch Decret des Präsidenten Grévy wird die Errichtung von 2 Regimentern tongkinesischer Tirailleurs mit französischen Cadres angeordnet.

17. Mai. **Wechsel im Staatssecretariat.** Der Deputirte Laroze wird an Stelle Margues, der um seine Demission gebeten hat, zum Unter-Staatssecretär im Ministerium des Innern ernannt.

20. Mai. **Französisch-chinesischer Vertrag.** In der Deputirtenkammer verliest Ministerpräsident Ferry eine Erklärung, betreffend den neuen französisch-chinesischen Vertrag. Dieselbe setzt zunächst die Umstände auseinander, welche dem Abschlufs des Vertrages von

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Tientsin vorangingen, und fährt dann fort: „Nach der Einnahme von Sontay, Bacninh und Honghoa waren die militärischen Operationen beendigt; wir waren Herren von Tongking, unsere Streitkräfte zu Wasser und zu Lande hatten im äufsersten Osten das Prestige unserer Waffen aufrechterhalten. Admiral Lespès wurde bei seiner Ankunft in Shanghai am 29. April benachrichtigt, dafs der Botschafter Tseng zurückberufen sei, und dafs Li-Hung-Tschang den Wunsch ausgedrückt habe, Fournier zu sehen. Letzterer begab sich alsbald nach Tientsin, um die Präliminarconvention abzuschliefsen, welche als Grundlage für einen definitiven Vertrag dienen soll."

24. Mai. **Verfassungs-Revision.** In der Deputirtenkammer wird der Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Verfassung, eingebracht. Derselbe enthält einen einzigen Artikel mit folgenden Punkten: 1. Jede Gemeinde ohne Ansehen der Einwohnerzahl wählt gegenwärtig einen Bevollmächtigten für die Wahl eines Senators; in Zukunft soll die Wahl der Bevollmächtigten nach dem Verhältnifs der Einwohnerzahl bemessen werden. 2. Der Senat soll keine Senatoren auf Lebenszeit mehr wählen, aber die jetzigen Senatoren dieser Abtheilung sollen ihre Sitze behalten. 3. In Finanzfragen soll der Deputirtenkammer nach zwei nacheinander erfolgten Prüfungen das letzte Wort bleiben. 4. Die bei Eröffnung der Session angeordneten öffentlichen Fürbitten fallen weg.

28. Mai. **Rekrutirungsvorlage.** Die Deputirtenkammer beräth die Rekrutirungsvorlage. Artikel 1 des Entwurfs, welcher bestimmt, dafs alle Franzosen im Alter von 20 bis 40 Jahren zum Militärdienst verpflichtet seien, wird angenommen. Artikel 2, welcher dahin geht, dafs die Militärpflicht für Alle eine gleiche und obligatorische sein soll, wird von dem Deputirten Ribot vom finanziellen Standpunkte aus bekämpft. Das von dem Deputirten Margaine beantragte Amendement, welches Bestimmungen über die Dienstbefreiungen umfafst, wird mit 316 gegen 167 Stimmen abgelehnt, ebenso andere gleichartige Amendements. Schliefslich wird der Artikel 2 mit 363 gegen 4 Stimmen angenommen. Viele Deputirte enthalten sich der Abstimmung.

30. Mai. **Ehescheidungsgesetz.** Der Senat nimmt mit 160 gegen 119 Stimmen einen Antrag auf Abschaffung des Gesetzes vom Jahre 1816 an, durch welches die Ehescheidung aufgehoben wird.

31. Mai. **Rekrutirungsgesetz.** Die Deputirtenkammer verwirft bei Fortberathung des Rekrutirungsgesetzes mit 395 gegen 92 Stimmen das Amendement des Bischofs Freppel auf Befreiung der Seminaristen vom Militärdienst.

4. Juni. **Bureauwahl im Pariser Gemeinderath.** Bei der Eröffnung der Session des Pariser Gemeinderaths werden gewählt zum Präsidenten Mathe, zu Vice-Präsidenten Amouroux und Desmoulins, zu Secretären Pigeon, Millerand, Chassaing und Chautemps. Das ganze Bureau besteht aus Autonomisten und gehört, Mathe ausgenommen, der Commune an.

7. Juni. **Vertrag mit Annam.** Die annamitische Regierung unterzeichnet den Vertrag mit Frankreich. Annam wird danach unter das französische Protectorat gestellt und in seinen Beziehungen zu fremden Mächten durch den französischen Residenten vertreten. Cochinchina,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Annam und Tongking treten zu einer Zollunion zusammen. Die Ausführung öffentlicher Arbeiten, das Post- und Telegraphenwesen, die Finanz- und Zollverwaltung stehen unter einer einheitlichen Verwaltung, die der Direction des französischen diplomatischen Agenten untersteht. Die Franzosen werden alle ihnen geeignet erscheinenden Punkte in Annam und Tongking besetzen. Ein Theil der Citadelle von Hue wird eine ständige Garnison erhalten.

Ehescheidungsgesetz. Der Senat nimmt mit 156 gegen 115 Stimmen den Gesetzentwurf, betreffend die Ehescheidung, in erster Lesung an.

Verwaltung in Korsika. In der Deputirtenkammer richtet gelegentlich der Interpellation über die Angelegenheit des von den korsikanischen Behörden übel behandelten Journalisten Saint Elme der frühere Polizeipräfect Andrieux scharfe Angriffe auf die Verwaltung in Korsika und beantragt eine Enquête; der Conseilspräsident Ferry spricht sich jedoch gegen solche aus und verlangt Votirung der einfachen Tagesordnung. Diese wird schliefslich von der Kammer mit 300 gegen 198 Stimmen angenommen.

10. Juni. **Amnestie.** Der Ministerrath erklärt den von dem Pariser Gemeinderath beschlossenen Wunsch in betreff der zu ertheilenden Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen für nichtig.

12. Juni. **Rekrutirungsgesetz.** Die Deputirtenkammer beschliefst bei der Berathung des Rekrutirungsgesetzes die Inbetrachtnahme eines Amendements des Deputirten Lanessan, welches das Princip der dreijährigen Dienstzeit aufrecht erhält, nach ein- oder zweijähriger Dienstzeit aber eine gewisse Anzahl von Soldaten, deren militärische Ausbildung für ausreichend erachtet wird, vom Dienst bei der Fahne zu entlassen gestattet.

Am 14. Juni lehnt die Deputirtenkammer das Amendement mit 293 gegen 201 Stimmen ab, nachdem der Kriegsminister dasselbe energisch bekämpft hatte. Am 16. Juni wird das Amendement des Unter-Staatssecretärs im Unterrichtsministerium, Durand, betreffend die Dienstbefreiung von Schülern der höheren Lehranstalten des Staats, mit 238 gegen 118 Stimmen abgelehnt.

18. Juni. **Ernennung eines Ministerresidenten in Hue.** Das »Journal officiel« veröffentlicht die Ernennung des Oberstlieutenants Reynard zum Ministerresidenten Frankreichs in Hue.

Vertrag mit Kambodscha. Mit der Regierung des Königreichs Kambodscha wird ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Verwaltung des Königreichs wieder in französische Hände übergeht. Die Zölle, die Finanzen, das Kriegswesen, die Rechtspflege, die öffentlichen Arbeiten sollen künftig durch französische Beamte geleitet werden. Die Sclaverei wird abgeschafft. Für den König und die Königliche Familie wird vorläufig eine Civilliste im Betrage von 300 000 Piaster ausgeworfen.

Das Königreich Kambodscha stand seit 1863 unter dem französischen Protectorat. Damals beeilte sich der König Norodom, um den Bedrängnissen Siams zu entgehen, an welches er zwei schöne Provinzen, Angkor und Battambang, schon zu Beginn des Jahrhunderts verloren, Frankreich, das sich soeben in Cochinchina festgesetzt, um dessen Protectorat anzurufen. Ein französischer Resident, der unter den Befehlen des Gouverneurs von Cochinchina stand, wurde in Pnum-Penh

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

eingesetzt. Seit einem Jahre etwa sah man in Saigon eine für die Beziehungen der beiden Länder vortheilhafte Aenderung voraus. In der That bestimmte eine unter dem 18. September v. J. zwischen dem König Norodom und dem Bevollmächtigten des Gouverneurs Thomson von Cochinchina, Klobukowski, abgeschlossene Convention, dafs der König von Kambodscha sich verpflichtete: 1. der Verwaltung von Cochinchina die Einhebung der Zölle auf Opium und Alkohol gegen eine Summe von 175 000 Piastern zu übergeben; 2. monatlich für die Kosten des Protectorats die in früheren Verträgen bestimmte Summe von 5500 Piastern zu zahlen. Der König verpflichtete sich des Weiteren, die Sclaverei abzuschaffen und in der politischen und finanziellen Verwaltung Aenderungen vorzunehmen. Ein gemischter Gerichtshof wurde in Pnum-Penh zur Schlichtung allfälliger Streitfälle zwischen den Eingebornen und den französischen Beamten eingesetzt. Der Besuch des Gouverneurs von Cochinchina zu Beginn des laufenden Jahres stimmte König Norodom, der freiwillig seine Zuneigung für Frankreich zeigte, nunmehr endgültig um. Die Bevölkerung von Kambodscha, das einen Flächenraum von etwa 100 000 qkm besitzt, betrug nach der officiellen Zählung im Jahre 1874 995 954 Menschen, darunter 106 761 Chinesen, 26 000 Cham und Malais, 4451 Annamiten und 4628 wilde Bewohner des Laos von Kambodscha.

19. Juni. **Ehescheidungsgesetz.** Die Deputirtenkammer nimmt den Art. 1 des Ehescheidungsgesetzes, welcher das Gesetz vom Jahre 1816 aufhebt, in zweiter Lesung mit 158 gegen 115 Stimmen an.

23. Juni. **Aegyptische Angelegenheit. Verfassungsrevision.** In der Deputirtenkammer giebt der Conseilspräsident Ferry eine Uebersicht über die Verhandlungen zwischen den Regierungen von England und Frankreich in betreff der ägyptischen Angelegenheiten und hebt hervor, dafs die politische Klugheit geboten habe, den vollendeten Thatsachen Rechnung zu tragen und dem Mitbesitz zu entsagen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beantragt Ferry die Dringlichkeit für den Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Verfassung. Die Kammer beschliefst die Dringlichkeit mit 441 gegen 91 Stimmen.

Ausbruch der Cholera in Frankreich. In Toulon werden vereinzelte Cholerafälle constatirt.

Conflict mit China. Obgleich von seiten der chinesischen Regierung die Räumung von Langson angemeldet worden, wird die französische Garnison auf dem Marsch von etwa 4000 regulären chinesischen Truppen, welche verschanzt gewesen und Artillerie bei sich gehabt, angegriffen. Die französischen Truppen verlieren 7 Todte und 42 Verwundete. General Négrier geht mit Verstärkungen nach Langson ab.

Der Ministerrath weist den General Millot telegraphisch an, die Rücksendung von Truppen aus Tongking nach Frankreich einzustellen, der Admiral Courbet, welcher sich gegenwärtig in der Bai von Along befindet, erhält gleichzeitig Befehl, sich mit der Flottenabtheilung unter dem Admiral Lespès zu vereinigen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

24. Juni. **Verfassungsrevision.** Die Deputirtenkammer beendet die Generaldiscussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Verfassung. Ein von dem Deputirten Barodet beantragtes Amendement, nach welchem die Revision eine unbeschränkte sein sollte, wird nach einigen Bemerkungen des Minister-Präsidenten Ferry mit 312 gegen 220 Stimmen abgelehnt.

Ehescheidungsgesetz. Der Senat nimmt das Ehescheidungsgesetz in zweiter Berathung mit 158 gegen 116 Stimmen an.

26. Juni. **Aegyptische Angelegenheit.** In Beantwortung der Interpellation des Deputirten Delafosse, betreffend die ägyptische Angelegenheit, erklärt Ferry: Frankreich habe alle nur möglichen Concessionen erhalten, und das mit England getroffene Uebereinkommen sei einem Bruche vorzuziehen. Frankreich sei keineswegs lüstern nach Aegypten, sondern wolle dort nur das internationale Recht zur Geltung bringen. Frankreich gehe vollkommen frei zur Conferenz. Was die Liquidationsfrage angehe, deren Regelung von der finanziellen Lage Aegyptens abhänge, so verspreche die Regierung, allen Interessen der französischen Bondholders in dem weitesten Umfange Rechnung zu tragen. Der Minister schliefst mit der Erklärung: der von der Regierung verfolgte Zweck sei die Neutralität Aegyptens, um die Neutralität des Suezkanals zu sichern.

Conflict mit China. Die französische Garnison von Hanoi kämpft 2 Tage lang gegen die Chinesen und verliert 10 Todte und 33 Verwundete. Zum Aufsuchen der Verwundeten werden 2 Dampfer abgesandt. General Négrier stöfst mit Verstärkungen 2 km jenseits Bacle zu der französischen Colonne und erwartet daselbst Instructionen. Die chinesischen Generale Wuong Ly und Nony stehen mit 10000 Mann regulärer chinesischer Truppen zwischen Langson und Bacle.

27. Juni. **Zwist in der Bonapartisten-Partei.** Prinz Victor richtet ein Schreiben an den Deputirten Jolibois, in welchem er erklärt, dafs er sein väterliches Domicil verlassen müsse, trotz der hohen Achtung, welche er vor seinem Vater hege, denn er müsse sich das Recht wahren, frei zu denken. Die einzige Richtschnur für seine Haltung sei die von Napoleon I. und Napoleon III. ihm überkommene. Er werde diese Erbschaft intact erhalten; er könne sich nicht dazu verstehen, an Handlungen theilzunehmen, welche seinen politischen Gefühlen und seinem guten Glauben widersprächen. Der Prinz erklärt schliefslich: er habe beschlossen, sich allen compromittirenden Solidaritäten zu entziehen, und werde auf neue Angriffe nicht mehr antworten, sondern in Zukunft das Stillschweigen beobachten, welches ihm seine Lage auferlege.

29. Juni. **Judenverfolgung in Algier.** Infolge von Streitigkeiten zwischen Conscribirten, wobei es zu Schlägereien kam, entstehen Ausschreitungen gegen die Juden. Mehrere den Juden gehörige Häuser werden geplündert.

Bischofs-Ernennungen. Der Präsident der Republik unterzeichnet die Ernennungen des Bischofs von Beauvais zum Bischof von Arras und des Pfarrers von St. Quentin, Péronne, zum Bischof von Beauvais.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

30. Juni. **Verfassungsrevision.** Die Deputirtenkammer lehnt bei der Berathung der Vorlage, betreffend die Revision der Verfassung, das von Floquet und Goblet beantragte Amendement, in welchem einfach die zu revidirenden Punkte der Verfassung angegeben werden, ohne jedoch den Congrefs in dieser Richtung zu beschränken, mit 290 gegen 235 Stimmen ab.

Ferry hatte mit dem Rücktritt gedroht, falls die Kammer den Antrag annehmen würde. Der Antrag enthält die nämlichen Bestimmungen, durch deren Annahme am 26. Januar 1882 der Sturz Gambettas herbeigeführt wurde.

1. Juli. **Cholera in Frankreich.** Auch in Marseille werden Cholera-Todesfälle constatirt.

3. Juli. **Conflict mit China.** Im Ministerrathe legt der Conseils-Präsident Ferry den Ministern die aus China eingegangenen Depeschen vor. Nach denselben spricht sich der Tsungli-Yamen (das Auswärtige Amt) über das Auftreten der regulären Truppen bei Langson nicht mifsbilligend aus, sondern erklärt vielmehr, dafs auf seinen Befehl die chinesische Armee Langson im Besitz behalten habe. Der Tsungli-Yamen behauptet, entgegen den Bestimmungen des Art. 2 des Vertrages von Tientsin, welcher die sofortige Zurückziehung der chinesischen Garnisonen festsetzt, dafs die Räumung der Grenzplätze von der definitiven Unterzeichnung des Vertrages und der Regelung der Grenzen abhängig sei. Endlich weigert der Tsungli-Yamen sich, die zwischen Li-Hung-Tschang und Fournier getroffenen Vereinbarungen, nach welchen die Räumung von Langson, Chatke, Caobang und Laokai innerhalb der Zeit vom 6. bis 26. Juni stattfinden soll, anzuerkennen.

Verfassungs-Revision. Die Deputirtenkammer setzt die Berathung der Vorlage, betreffend die Revision der Verfassung, fort. Rivet bringt ein Amendement ein, nach welchem das Recht, die Kammern aufzulösen, in der Verfassung unterdrückt werden sollte. Ferry spricht gegen dies Amendement und weist auf die Nothwendigkeit hin, im Fall eines Conflicts zwischen den beiden Kammern, oder wenn es sich um eine wichtige politische oder wirthschaftliche Frage handele, an das Urtheil des Landes zu appelliren. Das Amendement wird mit 281 gegen 206 Stimmen abgelehnt und der ganze Revisionsentwurf schliefslich mit 414 gegen 113 Stimmen angenommen.

5. Juli. **Amnestie.** Die Regierung beschliefst, die wegen der Vorgänge in Montceau-les-Mines verurtheilten Anarchisten, ausgenommen Krapotkin und Louise Michel, zu begnadigen.

12. Juli. **Amnestie.** In der Deputirtenkammer begründen Révillon und Laguerre ihren Antrag auf Erlafs einer allgemeinen Amnestie für alle wegen politischer Verbrechen Verurtheilten. Der Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, erklärt: es sei nicht statthaft, Individuen zu begnadigen, welche sich der Aufreizung zur Plünderung, Brandstiftung und zum Morde u. s. w. schuldig gemacht hätten. Das seien keine politischen Vergehen. Die Regierung sei geneigt, den Irregeführten gegenüber Nachsicht zu üben, nicht aber den Führern der Anarchisten gegenüber. Der Amnestieantrag wird schliefslich mit 283 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

16. Juli. **Conflict mit China.** Die amtliche »Pekinger Zeitung« veröffentlicht ein Kaiserliches Decret, welches, entsprechend den Bestimmungen des Vertrages von Tientsin, die Räumung von Laokai, Langson und Caobang anbefiehlt und die Zurückziehung aller chinesischen Truppen auf das chinesische Gebiet anordnet. Die Räumung solle binnen Monatsfrist ausgeführt sein.

21. Juli. **Credit für Madagascar.** Die Deputirtenkammer beräth den für Madagascar geforderten Credit von 5 Millionen. Périn spricht sich gegen die Bewilligung aus, Bischof Freppel und Lanessan treten für dieselbe ein. Der Deputirte Delafosse weist auf die feindlichen Umtriebe der englischen Methodisten hin, durch welche die Howas aufgereizt würden. Marine-Minister Peyron erklärt: Admiral Miot werde aufser Tamatave und Majunga auch andere Punkte besetzen, bezüglich deren dies nothwendig erscheine. Minister-Präsident Ferry bemerkt: es werde das nicht hindern, in der madagassischen Angelegenheit mit grofser Vorsicht zu Werke zu gehen. Die Regierung werde ihre neue und entschlossene Politik Madagascar gegenüber mit derjenigen Klugheit zu vereinigen wissen, die ihr durch die augenblicklichen Umstände geboten erscheine. Der verlangte Credit wird schliefslich mit 372 gegen 83 Stimmen bewilligt.

22. Juli. **Listen-Skrutinium.** Die Deputirtenkammer beschliefst, den Antrag des Deputirten Constans, betreffend die Wiederherstellung des Listenskrutiniums für die Deputirtenwahlen, in Erwägung zu ziehen.

25. Juli. **Verfassungs-Revision.** Im Senat setzt der Conseils-Präsident Ferry auseinander, dafs die Verfassungs-Revision nicht ein leichtfertiges, auf Wahlzwecke gerichtetes Unternehmen sei, sondern durch 330 Wahlmandate gefordert werde. Man dürfe diese Waffe nicht der äufsersten Linken überlassen, von welcher die Regierung durch eine fortdauernd zunehmende Kluft getrennt sei. Er glaube, dafs das Votum der Kammer durch die Beschränkung der Revision dem Senat eine hinreichende Garantie biete. Das Cabinet werde allen das Programm überschreitenden Vorschlägen die Vorfrage entgegenstellen. Die Revision des Artikels 8 habe lediglich den Zweck, einen geringfügigen Conflict zu beseitigen und ein Recht herzustellen, welches thatsächlich bereits bestehe. Jules Simon erklärt: er halte dafür, dafs die Revision unnütz und gefährlich sei, und betrachte das Votum der Kammer nicht für eine hinreichende Garantie, denn die Kammer ändere oft ihre Ansicht. Hierauf wird die Generaldiscussion geschlossen.

26. Juli. **Verfassungsrevision.** Der Senat setzt die Berathung der Verfassungs-Revisionsvorlage fort und nimmt mit 173 gegen 16 Stimmen, in Uebereinstimmung mit der Deputirtenkammer, ein Amendement an, nach welchem die Artikel, betreffend den Modus der Wahl zum Senat, aus der Verfassung entfernt werden sollen. Die Rechte enthält sich der Abstimmung. Bei der Berathung der Frage wegen der Revision des Artikels 8 der Verfassung erklärt der Berichterstatter der Commission, Dauphin: die Commission hege ebenso wie die Regierung den Wunsch zu

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

einer Lösung der Frage zu kommen; es sei indessen schwierig, eine hinreichende Garantie dafür zu finden, dafs die Majorität der Kammer im Congrefs nicht über das vereinbarte Programm hinausgehen werde. Der Conseilspräsident Ferry kündigt eine neue Redaction an, um die Frage wegen des Artikels 8 zu lösen, und beantragt, die Berathung über diesen Punkt zu verschieben, um ein neues Votum der Kammer veranlassen zu können, welches eine geeignete Garantie für den Senat enthalten solle. Freycinet unterstützt diesen Antrag; Léon Say erklärt sich ebenfalls damit einverstanden, betont aber ausdrücklich, dafs er niemals einer Beschränkung der Rechte des Senats in finanziellen Fragen zustimmen werde.

28. Juli. **Zuckersteuer.** Der Senat genehmigt die Zuckersteuervorlage, einschliefslich der beantragten Erhebung einer Zuschlagssteuer von 7 Fr. von dem aus Europa eingeführten Rohzucker in der von der Kammer beschlossenen Fassung.

29. Juli. **Verfassungsrevision.** Nachdem eine Besprechung zwischen den einzelnen Parteien über die Revision des Artikels 8 der Verfassung stattgefunden hat, lehnt der Senat die Revision dieses Artikels ab, obschon Ferry erklärte, die Regierung halte dieselbe aufrecht.

30. Juli. **Verfassungsrevision.** In der Deputirtenkammer legt Ministerpräsident Ferry den Revisionsentwurf vor und beantragt für die Berathung die Dringlichkeit. Der Bonapartist Jolibois sowie Lockroy (radical) machen geltend: die Kammer sei nicht der Ort, um über den Entwurf zu berathen, weil die Kammer und der Senat erklärt hätten, dafs die Verfassungsrevision vor den Congrefs gehöre; der Congrefs habe also auch allein über die Punkte zu bestimmen, welche einer Revision unterzogen werden sollten. Ein in diesem Sinne von Lockroy gestellter Antrag wird indefs mit 273 gegen 224 Stimmen abgelehnt und hierauf mit 314 gegen 48 Stimmen die Dringlichkeit beschlossen.

Der Text des vom Senat genehmigten Resolutionsentwurfs bezüglich einer partiellen Revision des Verfassungsgesetzes lautet:

Resolutionsproject: Einziger Artikel. In Gemäfsheit des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 und auf Antrag des Präsidenten der Republik erklärt der Senat für thunlich, zu revidiren:

1. den § 2 des Artikels 5 des Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875, betreffend die Organisirung der öffentlichen Gewalten;

2. den § 3 des Artikels 8 desselben Verfassungsgesetzes vom 25. Februar 1875 mit Bezug auf die Frage, ob das Recht der Revision sich auf die republikanische Form der Regierung erstrecken kann:

3. die Artikel 1 bis 7 des Verfassungsgesetzes vom 24. Februar 1875, betreffend die Zusammensetzung des Senats mit Bezug auf die Frage, ob sie aus den Verfassungsgesetzen gestrichen werden sollen oder nicht;

4. den § 3 des Artikels 1 des Verfassungsgesetzes vom 16. Juli 1875 über die Beziehungen der öffentlichen Gewalten.

Die im Druck hervorgehobenen Worte fehlen in dem von der Kammer am 3. Juli beschlossenen Resolutionsentwurf. Für diese

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Fassung wird in der Deputirtenkammer mit 314 gegen 48 Stimmen die Dringlichkeit votirt.

Am 31. Juli nimmt die Deputirtenkammer nach unerheblicher Debatte die Vorlage über die Revision der Verfassung mit 294 gegen 191 Stimmen nach den Beschlüssen des Senats an. Diejenigen Deputirten, welche Amendements zu der Revisionsvorlage gestellt hatten, zogen dieselben zurück unter dem Vorbehalt, sie im Congrefs wieder einzubringen.

2. *August.* **Gelbbuch über Tongking.** In den Kammern wird ein Gelbbuch, betreffend die Tongkingangelegenheit, vertheilt.

Aus den darin aufgenommenen Schriftstücken geht hervor, dafs Frankreich Anfangs für den Zwischenfall von Langson, welchen er als eine Verletzung der Convention von Tientsin ansah, eine Entschädigung von 250 Millionen Fr. verlangte, aber infolge der Veröffentlichung des chinesischen Decrets, welches die Zurückziehung der chinesischen Truppen aus Tongking anordnete, von China lediglich forderte, dafs es eine Entschädigung im Princip anerkenne, und zwar auf der Grundlage einer Schadloshaltung für die getödteten und verwundeten Soldaten sowie eines zusätzlichen Betrages für die Kosten, welche dieser Zwischenfall Frankreich verursachen wird. China erhob Einwendungen gegen eine Entschädigung und erklärte sich endlich unterm 19. Juli bereit, den Vice-König von Nanking mit der Unterhandlung über einen endgültigen Vertrag mit dem Gesandten Patenotre zu beauftragen. Gleichzeitig theilte die chinesische Regierung mit, dafs sie die Frage einer Entschädigung den Mächten unterbreitet habe. Depeschen Patenotres aus den Tagen vom 27. bis 29. Juli bezeichnen es als unmöglich, sich mit den chinesischen, in Shanghai eingetroffenen Delegirten zu verständigen. Dieselben erklärten: China könne sich zu einer Entschädigung nicht verstehen, und verlangten die Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten Frist über den 1. August hinaus.

Eine Depesche des Ministerpräsidenten und Ministers des Aeufsern, Ferry, vom 30. Juli ermächtigte Patenotre, die Frist um einen oder zwei Tage zu verlängern, wenn er dies für einen befriedigenden Ausgang der Besprechungen erforderlich halte. Eine Depesche Patenotres aus Shanghai, vom 30. Juli, sagt, dafs die chinesischen Delegirten eine Entschädigung von 3 1/2 Millionen als Unterstützung für die Opfer des Kampfes bei Langson angeboten, dafs er dieselbe aber abgelehnt habe.

In dem Gelbbuch wird ferner eine Depesche des Marineministers vom 13. Juli mitgetheilt, in welcher Admiral Courbet angewiesen wird, alle disponiblen Schiffe nach Futchau und Kelung zu senden. Frankreich beabsichtigte, diese beiden Häfen für den Fall einer Ablehnung des Ultimatums als Pfänder in Händen zu behalten, und werde dem Admiral empfehlen, nur dann Gewalt in Anwendung zu bringen, wenn er angegriffen würde.

4. *August.* **Nationalversammlung.** Die Nationalversammlung tritt in Versailles zusammen behufs Berathung der Verfassungsrevision.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Der Präsident Leroyer schlägt die en-bloc-Annahme der Geschäftsordnung der Nationalversammlung von 1871, mit Vorbehalt von Abänderungen, vor. Nach einigen heftigen Unterbrechungen auf der Rechten und Linken wird der Vorschlag des Präsidenten mit einigen Amendements angenommen. Ministerpräsident Ferry betritt darauf die Rednertribüne, um die Vorlage über die Revision der Verfassung einzubringen. Andrieux und mehrere andere Mitglieder der Nationalversammlung legen aber dagegen mit dem Bemerken Verwahrung ein, dafs dies der Geschäftsordnung zuwiderlaufe, da zunächst die Verlosung der Mitglieder in die Abtheilungen zu erfolgen habe. Bei der hierauf entstandenen tumultuarischen Bewegung (der Ministerpräsident Ferry und Andrieux befinden sich gleichzeitig auf der Rednertribüne und eine grofse Anzahl von Mitgliedern der Versammlung hat sich vor derselben im Halbkreise aufgestellt) bedeckt der Präsident Leroyer sein Haupt und suspendirt die Sitzung. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung kündigt der Präsident Leroyer die Verlosung der Mitglieder in die Abtheilungen an. Als dies geschehen war, bringt Ministerpräsident Ferry die Revisionsvorlage ein. Testelin beantragt die Verweisung derselben an eine Commission von 30 Mitgliedern, die mittelst des Listenscrutiniums an der Tribüne zu wählen seien. Der Antrag Testelins wird angenommen, auch die hierauf vom Ministerpräsidenten Ferry beantragte Dringlichkeit wird genehmigt. Der Präsident Leroyer schlägt vor, die Commission noch heute zu wählen, auf den Antrag Clémenceaus wird die Wahl jedoch auf morgen vertagt.

Am 5. August wird die Commission zur Vorberathung der Verfassungsrevision gewählt.

Am 6. August nimmt diese Commission das von dem Deputirten Andrieux beantragte Amendement an, nach welchem die Mitglieder ehemaliger französischer Herrscherfamilien nicht zu Präsidenten der Republik gewählt werden dürfen. Ministerpräsident Ferry hatte sich mit diesem Amendement einverstanden erklärt.

8. August. **Nationalversammlung.** Bei den Debatten über die Revision entstehen Tumulte. Als der Schlufs der Generaldebatte durch Aufhebung der Hände beschlossen wird, nimmt der Lärm zu. Jolibois besteigt die Tribüne, wird aber vom Präsidenten am Sprechen verhindert. Zahlreiche Mitglieder der Versammlung verlassen sodann ihre Plätze und drängen der Tribüne zu. Präsident Leroyer bedeckt infolgedessen sein Haupt, und die Sitzung wird suspendirt. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung geht die Versammlung zur Berathung der einzelnen Artikel über. Ein von Barodet eingebrachtes Amendement, welches die Einberufung einer constituirenden Versammlung verlangt, wird bei der Vorfrage mit 493 gegen 286 Stimmen abgelehnt. Barodet und sechs andere Deputirte, welche das Amendement mitunterzeichnet hatten, verlassen hierauf den Saal.

9. August. **Conflict mit China.** Da die Conferenzen in Shanghai nur zu dem Angebot einer verschwindend kleinen Entschädigung von seiten Chinas geführt haben, und da die China gesetzte Frist am

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

4. d. M. abgelaufen war, sah sich die französische Regierung genöthigt, ihre Reclamationen durch die Inbesitznahme eines Pfandes zu unterstützen. Der Admiral Lespès hat deshalb am 5. d. M. den Hafen und die Kohlengruben von Kelung besetzt; und der Gesandte Patenotre hat dem chinesischen Delegirten angezeigt, dafs es von dem Tsungli-Yamen abhänge, die Dauer dieser Occupation abzukürzen, indem er die französischen Forderungen erfülle. Der Betrag der von Frankreich geforderten Entschädigung ist auf 80 Millionen, in Annuitäten zahlbar, ermäfsigt worden.

11. August. **Verfassungsrevision. Conflict mit China.** Die Nationalversammlung nimmt in ihrer heutigen Sitzung den ersten Artikel der Verfassungs-Revisionsvorlage mit 523 gegen 139 Stimmen an, nachdem zwei hierzu gestellte Amendements verworfen worden waren. — Der zweite Artikel untersagt die Beantragung einer Revision der republikanischen Regierungsform und spricht aus, dafs die Mitglieder früherer französischer Herrscherfamilien nicht zu Präsidenten der Republik gewählt werden können. Bocher erklärt: der Congrefs schaffe ein unnützes Werk. Wenn Frankreich, das stets Herr seiner Geschicke sei, die Verfassung werde ändern wollen, werde es das in legaler Weise thun. „Wir vertrauen ihm mit Ruhe unsere Wünsche, unsere Rechte, unsere Hoffnungen an.“ (Beifall auf der Rechten.) Ministerpräsident Ferry erwidert: das Auftreten Bochers sei ein Beweis für die Wichtigkeit des Artikels. „Wir beantragen nicht, die ewige Dauer der Republik zu decretiren; wir beantragen nur, zu bestätigen, dafs die Republik existirt und dafs sie das Recht hat, sich zu vertheidigen. Die Republik ist ein unveräufserliches Recht Frankreichs, und es ist weit mehr der Würde Frankreichs als seiner Sicherheit wegen, dafs wir beantragen, dafs die republikanische Regierungsform eine unwandelbare sei.“ (Beifall im Centrum und auf der Linken.) Bischof Freppel erklärt den Artikel für unnütz, denn wenn das französische Volk eines Tags der Republik müde sei und auf ein Herrscherhaus Frankreichs zurückkommen wolle, das Frankreich Ruhm und Einigkeit gegeben habe, so werde das der Artikel in keiner Weise verhindern. Von der Linken wird dazwischen gerufen: welches Herrscherhaus Frankreichs gemeint sei? Freppel erwidert: es gebe nur ein einziges französisches Herrscherhaus und das sei das durch den Grafen von Paris repräsentirte. Darüber erhebt sich auf der linken Seite grofser Lärm, und Floquet ruft dem Redner zu: Sprechen Sie die Verurtheilung des Grafen von Paris aus; wir werden sie ausführen. Freppel schliefst seine Rede mit der Erklärung: ein neuer Congrefs werde das Werk des jetzigen Congresses wieder beseitigen können, sowie mit dem Ausdruck der Hoffnung, dafs man auf die Erklärung der ewigen Dauer der Republik am 4. Mai 1889 mit der Wiederherstellung der Monarchie werde antworten können. Bei der Abstimmung wird sodann der erste Paragraph des zweiten Artikels, betreffend die republikanische Regierungsform, mit 602 gegen 165 Stimmen angenommen. Der zweite Paragraph, betreffend die Nichtwählbarkeit von Mitgliedern früherer Herrscherfamilien zu Präsidenten der Republik, findet mit 597 gegen 153 Stimmen Annahme. — Périn beantragt nunmehr die Vertagung der Nationalversamm-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

lung auf nächsten Mittwoch, damit die chinesische Frage berathen werden könne, denn die Lage habe sich verschlimmert, und Frankreich befinde sich mit China im Kriege. Ministerpräsident Ferry erklärt das für unrichtig. Périn erwidert: jedenfalls seien das Bombardement und die Besetzung von Kelung keine Anzeichen herzlicher Beziehungen; das sehe doch eher einem Kriege als etwas Anderem ähnlich, und es liege daher die dringende Nothwendigkeit vor, die chinesische Frage zu berathen. Der Ministerpräsident entgegnet: die Nationalversammlung werde wahrscheinlich am Mittwoch oder Donnerstag ihre Arbeiten beendet haben und die Kammer dann sofort die Tongkingangelegenheit berathen können. Der Antrag Périns wird dann auch mit grofser Majorität abgelehnt.

12. August. **Verfassungsrevision.** In der Nationalversammlung werden drei Anträge abgelehnt, von denen der erste die Abschaffung der Präsidentschaft der Republik, der zweite die directe Wahl des Präsidenten durch das allgemeine Stimmrecht, der dritte die Abschaffung des Senats zum Gegenstand hat. Sodann verwirft die Nationalversammlung mit 468 gegen 271 Stimmen den Antrag Andrieux, welcher die Bestimmungen der Verfassung über das Senatswahlgesetz einfach aufheben will; ebenso wird ein Antrag abgelehnt, welcher den Prinzen den Aufenthalt auf französischem Gebiet untersagen und ihre Güter confisciren will.

13. August. **Verfassungsrevision.** Die Nationalversammlung verwirft, nachdem Dauphin und Clémenceau gesprochen, mit 418 gegen 327 Stimmen das Amendement Lavergnes, welches dahin geht, den Senat vermittelst des allgemeinen Stimmrechtes zu wählen. Im weiteren Verlauf der Sitzung werden sämmtliche Artikel der Verfassungs-Revisionsvorlage, unter Ablehnung aller dazu gestellten Amendements, genehmigt. Bei der Schlufsabstimmung erfolgt die Annahme der Vorlage mit 509 gegen 172 Stimmen. Die äufserste Linke enthält sich der Abstimmung, weil die Principien der Demokratie verletzt worden seien. Der Graf de Mun (Monarchist) erklärt: die Verhandlungen der Nationalversammlung hätten die Ohnmacht der Republik gezeigt; Frankreich werde danach sein Urtheil fällen. Der Präsident erklärt darauf die Session der Nationalversammlung für geschlossen.

14. August. **Conflict mit China.** Die Deputirtenkammer beräth die Creditforderung für Tongking. Menard-Dorian erklärt: die Budgetcommission habe einen Credit von 38 Mill. Fr. für Tongking genehmigt, da der Ministerpräsident Ferry erklärt habe, dafs diese Summe genügen werde. Die Commission wolle indessen in dieser Beziehung keine Verantwortung übernehmen. Raoul Duval greift die Haltung des Cabinets heftig an und beantragt schliefslich die Ablehnung des Credits. Ministerpräsident Ferry erinnert daran, dafs die Beweggründe für die Politik des Cabinets im äufsersten Osten die lebhafte Zustimmung der Kammer gefunden hätten. Er wolle die Verantwortung für den Vertrag von Tientsin gern übernehmen. Der Ministerpräsident hebt sodann hervor: Fournier habe erklärt, dafs die Termine für die Räumung der einzelnen Plätze von Li-Hung-Tschang genehmigt worden seien;

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

der verspätete Protest des Tsungli-Yamen sei werthlos, da er erst nach dem Zwischenfall von Langson erhoben worden sei. China habe den Vertrag in unwürdiger Weise verletzt. Der Zwischenfall von Langson sei ein heimtückischer Ueberfall gewesen. Der französischen Regierung könne man nicht Ueberstürzung vorwerfen, sondern höchstens zu viel Geduld. Ferry giebt sodann einen historischen Ueberblick über die Verhandlungen, welche dem Zwischenfall von Langson folgten, und die damit schlossen, dafs China eine Entschädigung von 3 Millionen angeboten habe. Damit sei die Geduld der französischen Regierung erschöpft gewesen. Der Admiral Lespès habe die Ordre empfangen, die Forts von Kelung zu zerstören. Es bedeute dies keinen Krieg mit China, denn die Verhandlungen dauerten fort. Die Regierung verlange die Zustimmung der Kammer, ehe sie weiter vorgehe. Der Beschlufs der Kammer werde einen grofsen Einflufs auf die Entschliefsungen Chinas ausüben, denn er werde den Willen Frankreichs bezeugen, sein Recht zur Geltung zu bringen. Die Regierung verlange von der Kammer die Ermächtigung, Pfänder zu nehmen, wo sie es für geboten halte. Wenn die Kammer diese Ermächtigung ertheile, so werde der Sieg schon mehr als zur Hälfte gewonnen sein.

Credit für Madagascar. Der Senat genehmigt mit 179 gegen 1 Stimme den Credit von 5 Millionen für die Expedition nach Madagascar.

Erhöhung der Viehzölle. Der Minister des Ackerbaues, Méline, bringt im Büreau der Kammer den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Eingangszolles für fremdes Vieh, ein. In dem Entwurf wird vorgeschlagen, den Eingangszoll für Ochsen von 15 auf 23 Fr., denjenigen für Stiere und Kühe von 8 auf 12 Fr., für Hammel von 2 auf 3 Fr., für Lämmer von 0,50 Fr. auf 1 Fr., für Schweine von 3 auf 6 Fr. und für gesalzenes Fleisch von 4,50 auf 8,50 Fr. zu erhöhen.

15. August. **Madagascar. Credit für Tongking.** In der Deputirtenkammer erklärt Minister-Präsident Ferry auf eine bezügliche Anfrage, dafs die Nachricht des »Matin«: die Howas hätten Tamatava genommen, erfunden sei. Der Minister verliest darauf eine Depesche des Admirals Miot, in welcher die vollständige Sicherheit und die gute Lage der Dinge auf Madagascar constatirt wird. Bei Fortsetzung der Berathung über die Credite für Tongking sprechen die Deputirten Passy vom linken Centrum, und Perin, Radicaler, dagegen. Schliefslich nimmt die Kammer die Creditforderungen mit 350 gegen 152 Stimmen an. — Sodann beantragen Sidi Carnot und Proust eine Tagesordnung, in welcher das Vertrauen der Kammer auf den festen Entschlufs der Regierung, dem Vertrage von Tientsin Achtung zu verschaffen, ausgesprochen wird. Der Minister-Präsident nimmt die Tagesordnung an, über die sodann abgestimmt wird. Da aber die Rechte und die äufserste Linke sich der Abstimmung enthalten und die Zahl der Stimmenden infolgedessen ungenügend ist, so wird die Abstimmung in der Abendsitzung wiederholt und die Tagesordnung mit 173 gegen 59 Stimmen angenommen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

16. August. **Vertrauensvotum im Senat.** Der Senat beräth den Credit für Tongking. Graf St. Vallier beantragt, als Berichterstatter der Commission, den verlangten Credit zu bewilligen, die Berathung der Tongkingfrage aber bis nach dem Wiederzusammentritt der Kammern zu vertagen und dieselbe gelegentlich der Berathung der Supplementarcredite vorzunehmen. Der Herzog von Broglie hält es für unmöglich, der Regierung ein Vertrauensvotum zu geben. Minister-Präsident Ferry erklärt sich mit der Vertagung der Berathung der Tongkingfrage einverstanden und fügt hinzu: die Regierung werde die Bewilligung des geforderten Credits als ein Vertrauensvotum betrachten. Bei der Abstimmung über die Creditvorlage im ganzen erfolgt deren Annahme mit 193 Stimmen gegen 1 Stimme.

17. August. **Krönung des Königs von Annam.** Der französische Resident in Hue meldet die Beseitigung der von den annamitischen Regenten bei Gelegenheit des Todes des Königs erhobenen Schwierigkeiten. Die Regenten hatten die Ernennung des neuen Königs ohne vorgängige Zustimmung des französischen Protectorats in Anspruch genommen und gegen die Ueberlassung eines Terrains im Innern der Citadelle an die Franzosen Widerspruch erhoben. Alle diese Forderungen scheiterten jedoch an der Festigkeit des Residenten, welcher auf seinen Forderungen beharrte. Die annamitischen Regenten haben die Zustimmung Frankreichs zu der Wahl des neuen Königs nachgesucht, und dieselbe ist hierauf ertheilt worden. Die Krönung des neuen Königs erfolgt heute. Das den Franzosen im Innern der Citadelle eingeräumte Terrain wird französischerseits besetzt.

21. August. **Conflict mit China.** Das Cabinet von Peking weigert jede Genugthuung für die Affaire bei Langson und beruft seine Bevollmächtigten von Shanghai zurück. Der Botschaftssecretär Semallé verläfst Peking. Der Gesandte Li-fong-Pao erhält vom Tsungli-Yamen Befehl, auf seinen Posten nach Berlin zurückzukehren, und fordert seine Pässe vom Ministerpräsidenten.

23. August. **Zerstörung des Arsenals von Futschau.** Admiral Courbet bombardirt Futschau von Nachmittags 2 bis Abends 8 Uhr. Das Arsenal wird zerstört, neun chinesische Kriegsschiffe und 12 Kriegsdschonken werden in den Grund gebohrt, zwei entkommen. Die französische Flotte bleibt unversehrt.

Am 26. August werden die Forts am Mia zum Schweigen gebracht, am folgenden Tage die Kimpaiforts angegriffen.

13. September. **Excesse gegen die Christen in China.** Die Chinesen zerstören die katholischen Kapellen in der Provinz Canton; gegen 6000 Christen sind ohne Obdach.

15. September. **Todesfälle.** † der Erzbischof von Cambrai, Duquesnoy, und der Bischof von Le Mans, d'Oultremont.

23. September. **Demonstration der Arbeiter von Lyon.** Eine Versammlung der unbeschäftigten Arbeiter in Lyon, die von 10000 Arbeitern besucht wird, schickt eine Deputation an den Bürgermeister, und da dessen Antwort nicht zufriedenstellend erschien, ein Telegramm an den Conseils-Präsidenten Ferry mit der Bitte, die Lyoner Verwaltung aufzufordern, unverzüglich den unbeschäftigten

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Arbeitern, wie der Bürgermeister versprochen, die Werkstätten zu eröffnen. Die versammelten Arbeiter ziehen ruhig auseinander. Ferry antwortet umgehend durch den Telegraphen: er könne sich nicht in die Frage einmischen, deren Entscheidung der Lyoner Gemeindeverwaltung zustehe, und er übergebe daher das Gesuch dem Minister des Innern.

Am 24. September halten die Arbeiter wieder eine Versammlung, um über Ferrys Antwort zu berathen. Es werden drei Gemeinderäthe abgeordnet, um den Bürgermeister zur Einberufung eines besonderen Gemeinderaths zu ersuchen.

Der Gemeinderath bewilligt 50000 Fr. zur Beschäftigung der Arbeiter.

1. October. **Christenverfolgung in China.** »Le Telegraph« meldet, dafs der apostolische Vicar in Yunnan, Tenouillé, getödtet und die Christen daselbst heftigen Verfolgungen ausgesetzt sind.

Arbeiterkrisis. In St. Etienne und in Chamay bei Besançon werden tumultuarische Versammlungen abgehalten, in welchen Regierungshülfe für die beschäftigungslosen Arbeiter beantragt wird.

4. October. **Conflict mit China.** Die Kanonenboote »Mousqueton«, »Massue« und »Hache«, welche vor dem Marsche der Truppen das Thal von Lochnau recognosciren wollten, werden von regulären chinesischen Truppen angegriffen und erleiden hierbei Verluste. Ein Offizier wird getödtet und 30 Mann leicht verwundet.

6. October. **Besetzung von Tam-sui.** Nach vorausgegangenem Bombardement wird Tam-sui besetzt.

Enquête-Commission über die wirthschaftliche Krisis. Die Enquête-Commission über die wirthschaftliche Krisis beschliefst die Entsendung von Delegirten behufs Information über die Lage in den industriellen Centren.

Conflict mit China. Die Chinesen werden bei Loochnan mit einem Verluste von 1000 Mann geschlagen.

7. October. **Bomben-Attentat in Lyon.** In der Strafse St. François des Allées, im Quartier Bellecour, findet eine Bomben-Explosion statt. Die Bombe war auf ein Fenster der Gendarmerie-Kaserne gelegt; durch die Explosion werden die Fensterscheiben zerbrochen und die Mauer beschädigt.

8. October. **Decoration einer Ordensschwester.** Der Superiorin der Schwestern am Militär-Hospital in Marseille wird für ihre Verdienste um die Pflege der an der Cholera Erkrankten der Orden der Ehrenlegion verliehen.

Conflict mit China. Gefecht bei Kep. General Négrier stöfst bei Kep auf 6000 chinesische Reguläre, welche mehrere ein Centralschanzwerk umgebende Verschanzungen besetzt hatten. Die Chinesen beginnen den Angriff und suchen die französischen Truppen zu umringen. Das Gefecht dauert von früh 9 Uhr bis Nachmittags 2 Uhr und endet mit der Flucht der Chinesen. Der Rückzug nach der chinesischen Grenze wird den Chinesen abgeschnitten; dieselben fliehen in vereinzelten Haufen in der Richtung auf Daognan und werden von den französischen Truppen verfolgt. Die mit der Vertheidigung von Kep beauftragten chinesischen Truppen leisten bemerkenswerthen Widerstand; in die Ortschaft Kep, welche von den

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

französischen Truppen umzingelt wurde, mufs Bresche geschossen werden; das Centralschanzwerk wird mit dem Bajonett genommen. Das gesammte Kriegsmaterial der Chinesen und eine grofse Anzahl von Maulthieren und Pferden fällt in die Hände der französischen Truppen. Die Verluste der französischen Truppen betragen: 1 Kapitän und einige 20 Mann todt, 8 Offiziere und etwa 50 Mann verwundet. General Négrier und ein Ordonnanzoffizier sind leicht verwundet.

14. October. **Ernennung eines Handelsministers.** Das »Journal officiel« veröffentlicht die Ernennung Rouviers zum Handelsminister.

Eröffnung der Kammern. Die Sitzungen der Kammern werden ohne weitere Feierlichkeit wieder eröffnet. In der Kammer der Deputirten bringt der Marine-Minister, Vice-Admiral Peyron, die Creditforderung für Tongking im Betrage von 11 Millionen Francs ein. Die Vorlage wird einer besonderen Commission überwiesen. Der Kriegs-Minister, General Campenon, legt den Gesetzentwurf, betreffend die Organisation von Colonialtruppen, vor.

Gelbbuch über Afrika. Das heute ausgegebene Gelbbuch enthält u. A. eine Note des Fürsten Bismarck an den Botschafter Baron Courcel vom 13. September, in welcher in bezug auf die Besitzverhältnisse an der Westküste Afrikas bemerkt wird:

Deutschland verfolge das Ziel, für den deutschen Handel freien Zutritt in Afrika in solchen Gegenden zu haben, die noch von europäischer Herrschaft unabhängig sind. Die Note constatirt das Einvernehmen der beiden Regierungen über die wichtigsten Principien für den afrikanischen Handel. Frankreich wie Deutschland seien in gleicher Weise von dem Wunsche geleitet, auf den Congo und Niger dieselben Principien anzuwenden, wie sie in betreff der Donau zur Anwendung gelangt seien; es sei aufserdem nützlich, sich über die Formalitäten zu verständigen, welche nöthig seien, damit die neuen Erwerbungen an der afrikanischen Küste als effective angesehen werden könnten. Es erscheine endlich wünschenswerth, dafs beide Regierungen ihre Gesichtspunkte durch einen Notenaustausch in identischer Weise feststellen, und dafs sie die übrigen an dem afrikanischen Handel interessirten Cabinete einladen, sich über die getroffenen Stipulationen zu äufsern. Baron Courcel antwortete hierauf in einer (nach dem heutigen »Figaro« mitgetheilten) Note vom 29. September.

In einer Note vom 30. September constatirt Fürst Bismarck die Identität der Gesichtspunkte Frankreichs und Deutschlands über die verschiedenen Punkte, die in der Note vom 13. September hervorgehoben waren; es erscheine nunmehr nützlich mit den Einladungen unverzüglich vorzugehen, damit die Conferenz noch im Laufe des October zusammentreten könnte. Als die an dem afrikanischen Handel interessirten Mächte werden bezeichnet: England, die Niederlande, Belgien, Spanien, Portugal und die Vereinigten Staaten Nordamerikas. Um eine allgemeine Zustimmung zu den Beschlüssen der Conferenz zu sichern, wird vorgeschlagen, aufserdem alle Grofsmächte und die skandinavischen Staaten zur Conferenz einzuladen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

Eine Note des Baron Courcel vom 2. October spricht sich in völlig zustimmender Weise über die in den Depeschen des Fürsten Bismarck enthaltenen Gesichtspunkte und Vorschläge aus.

18. October. **Interpellation über die landwirthschaftliche Krisis.** In der Deputirtenkammer begründet der Deputirte des Roys seine Interpellation über die auf dem landwirthschaftlichen Gebiete herrschende Krisis und verlangt für die landwirthschaftlichen Producte denselben Schutz, der den Erzeugnissen der Industrie gewährt werde. Durch den Eintritt des freihändlerischen Principien huldigenden Ministers Rouvier in das Cabinet seien Besorgnisse hervorgerufen worden; er bitte die Regierung deshalb um Erklärungen. Minister-Präsident Ferry erwidert: die Fürsorge der Regierung sei der Landwirthschaft in ganz der nämlichen Weise wie der Industrie zugewandt; die Regierung habe dies durch den Vorschlag auf Erhöhung der Viehzölle bewiesen. Auch gegen eine mäfsige Erhöhung der Getreidezölle habe er nichts einzuwenden, die gegenwärtige Interpellation sei aber keine geeignete Gelegenheit, eine Frage von so grofser Wichtigkeit zu discutiren; er beantrage deshalb die einfache Tagesordnung. Brialou richtet lebhafte Angriffe gegen die hohen Eisenbahntarife. Arbeitsminister Raynal erwidert, dafs die Eisenbahn-Gesellschaften mit Erörterungen über die Ermäfsigung der Tarife beschäftigt seien. Hierauf wird die einfache Tagesordnung mit 259 gegen 175 Stimmen angenommen.

19. October. **Dynamit-Attentat.** In St. Etienne explodirt um Mitternacht an der Gendarmeriekaserne eine Bombe, welche in die Aufsennische des Fensters einer Brigadierwohnung gelegt worden war. Neun Anarchisten werden verhaftet.

21. October. **Tongking-Debatte.** In der Deputirtenkammer beantragt Rivière, dafs die Protokolle der Tongking-Commission mitgetheilt werden sollten. Minister-Präsident Ferry bittet, diesen Antrag abzulehnen, da die Annahme desselben schwere Unzuträglichkeiten herbeiführen würde. Der Antrag Rivières wird denn auch schliefslich mit 294 gegen 191 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Ordensdecorationen für die Soldaten und Matrosen, welche an den Expeditionen in Tongking und China theilnahmen, wird mit Acclamation genehmigt.

25. October. **Antrag über den chinesischen Conflict.** In der Deputirtenkammer wird der Antrag des Bonapartisten Cuneo d'Ornano, das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, weil es ohne Zustimmung der Kammer einen Krieg unternommen habe, abgelehnt. Der Antrag wird von dem Antragsteller Cuneo d'Ornano hierauf in eine Interpellation an die Regierung umgewandelt. Raspail (Linke) interpellirt die Regierung über ein von den Eisenbahngesellschaften erlassenes Circular, welches den Beamten derselben verbietet, Mitglieder von Wahlräthen zu sein. Arbeits-Minister Raynal erklärt: die Regierung habe kein Recht, sich in die Angelegenheit zu mischen, sie habe indefs officiös mit den Eisenbahngesellschaften conferirt. Es wird sodann eine Tagesordnung, welche das Vertrauen der Kammer zu den Erklärungen des Ministers ausspricht, mit 290 gegen 4 Stimmen angenommen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

26. October. **Blokade der Insel Formosa.** Das »Journal officiel« veröffentlicht ein Decret des Admirals Courbet über die Blokade der Küste von Formosa.

28. October. **Gewaltthätigkeiten in Marokko.** Eine Note im Journal »Paris« richtet scharfe Anklagen gegen die marokkanische Regierung, weil sie 13 fremde Schützlinge, darunter 4 Franzosen, verhaften liefs. Alle werden in Eisen nach dem Gefängnisse von Marokko geschickt, nachdem sie die gröfsten Städte berührt haben. „Der Minister Frankreichs hat protestirt, wie er es schon in den früheren Fällen gethan hat. Allein dadurch, dafs man fortwährend am Stricke zieht, zerreifst man ihn, und eine grofse Macht, wie die französische Republik, kann sich nicht immer auf platonische Proteste beschränken.“

2. November. **Conflict mit China.** General Brière meldet aus Hanoi, dafs einige Seeräuberbanden zersprengt worden seien. Die Chinesen machten erneute Angriffe auf Tuyenquan, wurden jedoch mit Leichtigkeit zurückgeschlagen, wobei auf französischer Seite nur ein Mann verwundet wurde. Ein von dem Admiral Courbet aus Kelung eingetroffenes Telegramm theilt mit, dafs etwa 1000 Chinesen die die Strafse nach Tamsui beherrschenden Befestigungswerke angriffen, aber nach einem dreistündigen Kampfe mit grofsen Verlusten zurückgewiesen wurden.

10. November. **Senatswahlgesetz.** Der Senat nimmt das Gesetz, betreffend die Wahlen zum Senat, nach Ablehnung sämmtlicher dazu gestellten Amendements an.

12. November. **Spiritussteuer.** Die Deputirtenkammer lehnt mit 248 gegen 219 Stimmen den Antrag von Salis ab, welcher dahin geht, den zur Weinbereitung verwendeten Spiritus bei einem Gehalt bis zu 15 Grad mit 20 Fr. pro Hectoliter zu besteuern. Der Antrag war von der Regierung unterstützt worden. Ein Antrag des Deputirten Graux, den zur Weinbereitung verwendeten Spiritus bis zu 12 Grad Gehalt mit einer einheitlichen Steuer von 25 Fr. zu belegen, wird mit 226 gegen 225 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

14. November. **Unruhen in Monceau-les-Mines.** In Monceau-les-Mines werden Drohbriefe an die Häuser angeschlagen. Zur Verstärkung der Gendarmerie wird ein Truppencommando dorthin gesandt.

15. November. **Demission des Präsidenten des Cassationshofes.** Der erste Präsident des Cassationshofes Cazot, giebt infolge des Fallissements der Alais-Rhone-Eisenbahngesellschaft, deren Verwaltungsrathsmitglied er gewesen war, seine Entlassung. An seiner Statt wird der General-Procurator Barbier zum ersten Präsidenten des Cassationshofes ernannt.

Besetzung der Tadjurah-Bai. Die Franzosen besetzen die Bai von Tadjurah bei Obock.

Conflict mit China. Die Kanonenboote »Eclair« und »Trombe« werden, als sie nach der Verproviantirung von Tuyenquan den hellen Flufs herunterfahren, vom Feinde heftig angegriffen; ein Matrose wird getödtet, acht andere verwundet.

16. November. **Einführung des Listenscrutiniums.** Minister Ferry giebt im Ausschufs für die Wiedereinführung des Listenscrutiniums,

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

welches er im Jahre 1881 als Ministerpräsident bekämpft hat, die Erklärung ab, dafs er bereit sei, dasselbe auf der Tribüne zu befürworten.

19. November. **Arbeiter-Unruhen in Lyon.** Beschäftigungslose Arbeiter rotten sich in Gruppen zusammen, um zu den öffentlichen Arbeiten zugelassen zu werden. Dieselben werden durch die Polizei zersprengt.

21. November. **Debatte über das Protokoll der Tongkingcommission.** Die Deputirtenkammer beschliefst die unverzügliche Berathung des Resolutionsantrages Clémenceau, welcher die Veröffentlichung des Protokolls über die Sitzung der Tongkingcommission verlangt. Clémenceau wirft dem Ministerpräsidenten Ferry vor, dafs er die Wahrheit verberge; es ergebe sich dies aus den Worten Lord Granvilles, dafs Frankreich eine englische Mediation nachgesucht habe. Ferry unterbricht Clémenceau und erklärt dessen Behauptung für unrichtig. Clémenceau beschuldigt den Minister Ferry sodann, dafs er durch Aenderung des Protokolls der Commission den Sinn seiner vorher abgegebenen Erklärungen geändert habe, und fragt, ob die Kammer damit einverstanden sei, derart getäuscht zu werden. Herr Ferry erklärt, dafs die Aenderungen unbedeutend seien; das Satzstück, welches Clémenceau ihm vorwerfe, bei der Aenderung des Protokolls hinzugefügt zu haben, habe folgende Fassung gehabt: Ich halte den Frieden für möglich, nur mufs man es den Chinesen nicht sagen. Der Vorfall zeige, bis zu welchen Kleinlichkeiten der Geist der Opposition vorgehen könne; er sei der Ansicht, dafs derartige Kundgebungen grofse Unzuträglichkeiten nach sich ziehen und Frankreich in den Zustand der Inferiorität gegenüber einem schlauen Feinde setzen würden, dem man nicht die Karten auf den Tisch legen könne. Schliefslich erklärt Ferry, dafs, wenn der Antrag angenommen würde, er die auswärtigen Angelegenheiten nicht weiter würde leiten können. Nach verschiedenen Reden wird der Antrag Clémenceaus mit 283 gegen 212 Stimmen verworfen.

22. November. **Die Protokolle der Tongkingcommission.** Die Protokolle der Tongkingcommission gelangen zur Vertheilung an die Deputirten. Nach denselben erklärt der Ministerpräsident Ferry in der am 6. d. M. abgehaltenen Commissionssitzung: in betreff Tongkings sei mit den Mächten kein Schriftstück gewechselt worden; es hätten nur freundschaftliche, vertrauliche mündliche Aeufserungen stattgefunden. Eine Mediation Deutschlands sei weder erbeten noch angeboten worden. Von England habe die französische Regierung auch nichts verlangt; mehr könne er nicht sagen. In bezug auf die Blokade der Insel Formosa erklärt der Ministerpräsident: im Einverständnifs mit England sei die Blokade eine friedliche wie diejenige, die im Jahre 1827 an den Küsten Griechenlands ausgeübt worden sei. Die französische Regierung werde nicht von dem Recht Gebrauch machen, Schiffe auf hoher See durchsuchen und wegnehmen zu lassen; sie habe aber das Recht, die Zugänge zu den blokirten Häfen hermetisch zu verschliefsen und jedes Schiff in den Grund bohren zu lassen, welches dem Verbot zuwider versuchen sollte, zu passiren. Auf die von Mazé an ihn gerichtete Frage, wie die Re-

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

gierung China zur Nachgiebigkeit zu nöthigen gedenke, antwortete der Ministerpräsident: dadurch, dafs die französischen Streitkräfte auf Formosa blieben und sich dort befestigten. China habe die Japaner nicht auf Formosa geduldet und werde die französischen Truppen daselbst ebensowenig dulden. Was die Kriegsentschädigung angehe, so gebe es dafür Aequivalente; es würden z. B. die Bergwerke von Keelung und die Zölle von Tamsui auf 15 oder 20 Jahre an Frankreich abgetreten werden können, ohne dafs Tongking und Formosa von den französischen Truppen geräumt zu werden brauchten. Eine Verstärkung und Befestigung der Garnisonen halte die Regierung vom militärischen wie vom politischen Gesichtspunkt aus für vortheilhaft.

25. November. **Tongkingcredit.** In der Deputirtenkammer wird die Berathung der Creditvorlage für Tongking fortgesetzt. Bischof Freppel vertheidigt die Politik der colonialen Ausbreitung mit dem Bemerken, dafs Frankreich als Seemacht und civilisatorische Nation Colonien haben müsse. Die Eroberung von Tongking verdiene daher die verlangten Opfer. Anatole Delaforge führt aus: die chinesische Frage sei nicht das Blut eines einzigen französischen Soldaten werth; man dürfe nicht an eine Colonialpolitik denken, so lange Frankreich nicht Elsafs-Lothringen wieder habe. Granet und andere Redner verlangen, das Cabinet solle seine Absichten klar darlegen.

27. November. **Fortsetzung der Tongkingdebatte.** In der Deputirtenkammer wird die Berathung der Creditvorlage für Tongking fortgesetzt. Der schon früher geforderte Credit von 16 Millionen wird mit 361 gegen 166 Stimmen, und der neuerlich geforderte weitere Credit von 43 Millionen mit 351 gegen 179 Stimmen bewilligt. Es waren verschiedene Tagesordnungen eingebracht worden. Ministerpräsident Ferry erklärt, dafs er die einfache Tagesordnung zurückweisen müsse. Dieselbe wird hierauf mit 301 gegen 233 Stimmen von der Kammer abgelehnt. Eine von Carnot eingebrachte Tagesordnung, welche besagt: die Kammer beharre auf dem Entschlufs, die Ausführung des Vertrages von Tientsin zu sichern, nehme Act von der durch die Regierung abgegebenen Erklärung und zähle auf deren Energie, um den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen, wird vom Ministerpräsidenten gutgeheifsen. Die Kammer beschliefst mit 364 gegen 307 Stimmen die prioritätische Abstimmung über die Carnotsche Tagesordnung; von der Opposition wird indefs eine Theilung derselben resp. eine getrennte Abstimmung über die einzelnen Theile derselben beantragt.

In der folgenden Sitzung nimmt die Kammer den ersten Theil der von Carnot vorgeschlagenen und von dem Ministerpräsidenten Ferry acceptirten Tagesordnung, welcher besagt: die Kammer beharre bei dem Beschlufs, die Bestimmungen des Vertrages von Tientsin zur Ausführung bringen zu lassen, mit 379 gegen 35 Stimmen an. Der zweite Theil, worin es heifst: die Kammer nehme Act von der Erklärung der Regierung und rechne auf deren Energie, um den Rechten Frankreichs Achtung zu verschaffen, wird mit 282 gegen 187 Stimmen und hierauf die ganze von Carnot vorgeschlagene Tagesordnung mit 302 gegen 185 Stimmen genehmigt.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

29. November. **Erhöhung der Getreidesteuer.** Der Ministerrath beschliefst, die Steuer auf fremdes Getreide um 2 Fr. zu erhöhen. Die Gesammtsteuer wird also, einschliefslich des schon bestehenden Satzes von 60 Cent., 2 Fr. 60 Cent. betragen.

30. November. **Senatswahlgesetz.** Die Deputirtenkammer debattirt die Wahlreform des Senats, für welche die Dringlichkeit angenommen wird. Die Generalberathung ist ganz kurz. Man geht sogleich zu der Berathung der Artikel über. Artikel 1 lautet: „Der Senat ist zusammengesetzt aus 300 Mitgliedern, welche von den Departements und den Colonien gewählt sind. Seine jetzigen Mitglieder, ohne Unterschied zwischen den Senatoren, welche von der Nationalversammlung oder dem Senat, und denjenigen, welche von den Departements und den Colonien gewählt worden sind, behalten ihr Mandat während der ganzen Zeit, für die sie ernannt worden sind.“ Das erste Amendement Papinauds zielte auf eine gänzliche Umgestaltung des Senats ab. § 1 des Artikels 1 wird sodann unbeanstandet angenommen. Zu § 2 stellt Achard folgendes Amendement: „Die jetzigen Mitglieder des Senats, mit Ausnahme der von der Nationalversammlung und dem Senat gewählten, behalten ihre Functionen während der Zeit, für die sie ernannt worden sind, bei.“ Ungeachtet einer ziemlich lebhaften Gegenrede des Berichterstatters Léon Renault, welcher auf die in dem Amendement enthaltene vorsätzliche Ungerechtigkeit gegen die auf Lebenszeit ernannten Senatoren hinwies, beschliefsen 293 gegen 237 Stimmen, dasselbe in Betracht zu ziehen, was seine Verweisung an den Ausschufs zur Folge hat.

1. December. **Senats - Wahlgesetz.** Die Deputirtenkammer setzt die Berathung der Vorlage über die Reform der Wahlen zum Senat fort und lehnt nach einer längeren Rede des Ministers des Innern mit 263 gegen 234 Stimmen das von Achard eingebrachte Amendement auf Beseitigung der lebenslänglichen Senatoren ab. Die Kammer genehmigt ferner, trotz des Einspruches des Ministers des Innern das von Lavergne eingebrachte Amendement, nach welchem das Mandat als Senator unvereinbar sein soll mit öffentlichen vom Staate honorirten Aemtern.

2. December. **Senats-Wahlgesetz.** Die Deputirtenkammer nimmt heute, trotz dem Einspruch der Regierung, mit 372 gegen 135 Stimmen das von Perras eingebrachte Amendement zu dem Senats-Wahlgesetz an, nach welchem die Uebernahme eines Mandats als Senator unter denselben Bedingungen nicht statthaft sein soll, welche für die Verhinderung der Uebernahme eines Mandats als Deputirter gelten. Ferner wird, ebenfalls gegen den Widerspruch der Regierung, mit 260 gegen 246 Stimmen ein Amendement Floquets angenommen: die Wahlen zum Senat mittelst des allgemeinen Stimmrechts und Listenscrutiniums vorzunehmen. Infolge dieser beiden Abstimmungen giebt Léon Renault seine Entlassung als Berichterstatter der betreffenden Commission.

Conflict mit China. In einem Dorfe bei Lochnan wird eine vom Vicekönig der beiden Kuang-Provinzen unterzeichnete Proclamation aufgefunden, welche zur Vergiftung der Franzosen auffordert.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

4. December. **Senats-Wahlgesetz.** In der Deputirtenkammer erklärt Minister-Präsident Ferry: er werde die von der Kammer zu der Vorlage gefafsten Beschlüsse im Senat nicht befürworten, die Vorlage vielmehr der Kammer wieder zustellen und derselben die Verantwortung für das Scheitern der Senats-Wahlreform überlassen. Das Cabinet habe deshalb beschlossen, eine anderweite Berathung der Vorlage zu veranlassen, sobald dieselbe vom Senat an die Kammer zurückgelange. Die Kammer genehmigt hierauf die einzelnen Artikel der Wahlreformvorlage und das ganze Gesetz in der Endabstimmung.

6. December. **Krieg in Madagascar.** Eine aus 300 Mann europäischer Truppen und 900 Antakaren bestehende Truppenabtheilung nimmt ein zweites Fort im Süden von Vohemar (auf Madagascar); es werden 5 Kanonen erbeutet. Die Howas lassen 200 Todte auf dem Platze; die Franzosen haben 4 Verwundete, darunter einen schwer Verwundeten.

8. December. **Senats-Wahlgesetz.** Der Senat genehmigt sämmtliche Artikel der Wahlreformvorlage in der von der Commission beschlossenen Fassung und nimmt darauf die Vorlage im ganzen mit 136 gegen 24 Stimmen an.

Abstrich am Cultusbudget. In der Deputirtenkammer beantragt Lepère die Beseitigung des Cultus-Budgets. Bischof Freppel erklärt: die Kammer habe nicht das Recht, das Cultus-Budget zu beseitigen, denn das würde eine Aufkündigung des Concordats sein. Der erste Artikel des Cultus-Budgets wird hierauf mit 378 gegen 140 Stimmen angenommen und sodann trotz dem Einspruch des Cultusministers die von der Commission vorgeschlagene Herabsetzung der Besoldung der Bischöfe und Erzbischöfe genehmigt.

9. December. **Senats-Wahlgesetz.** In der Deputirtenkammer hebt bei der Berathung der Wahlreformvorlage der Berichterstatter Léon Rénault den versöhnlichen Geist des Senats hervor und empfiehlt die unveränderte Annahme des vom Senat zurückgekommenen Gesetzentwurfs. Die Kammer nimmt bei der sofortigen Berathung die fünf ersten Artikel, welche mit der in der Kammer erhaltenen Fassung übereinstimmen, an und schreitet sodann zur Berathung des sechsten Artikels. Floquet befürwortet seinen Gesetzentwurf, welcher für die Wahl des Senats das allgemeine Stimmrecht zur Grundlage nimmt. Minister-Präsident Ferry bekämpft denselben in einer längeren Rede und stellt hierbei die Cabinetsfrage. Der Floquetsche Gegenentwurf wird hierauf mit 280 gegen 227 Stimmen abgelehnt und schliefslich die Vorlage im ganzen mit allen vom Senat beschlossenen Modificationen mit 334 gegen 174 Stimmen angenommen.

10. December. **Abstriche am Cultusbudget.** Die Deputirtenkammer lehnt bei der Berathung des Cultusbudgets, entsprechend dem Antrage der Commission, die Anträge des Bischofs Freppel auf Wiederherstellung der Domherrngehälter und der von der Commission gestrichenen Freistellen für Seminaristen (letzteren mit 242 gegen 231 Stimmen) ab.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

11. December. **Der Tongkingcredit im Senat.** Der Senat beräth die für Tongking geforderten Credite. Herzog v. Broglie spricht sich mifsbilligend über die Politik der Regierung aus und macht dieselbe für die Verschlimmerung der Lage verantwortlich. Er erklärt: die Rechte werde nicht für die Creditforderungen stimmen. Ministerpräsident Ferry erwidert: es sei die Pflicht der Regierung, eine gemäfsigte Politik zu befolgen. Er müsse hoffen, ohne grofse Opfer ein Resultat zu erreichen, übernehme aber, wenn die Mäfsigung der Regierung unfruchtbar bleiben sollte, die feierliche Verpflichtung, zu energischen Mafsregeln zu schreiten. Er erkenne die Berechtigung der Ungeduld in vollem Mafse an, aber an der Haltung Chinas seien bisher alle Bemühungen gescheitert. Lord Granville habe der französischen Regierung die Vorschläge Chinas gar nicht officiell mitgetheilt, denn er habe dieselben für unannehmbar gehalten; in Wirklichkeit seien es die nämlichen Vorschläge gewesen, die Frankreich bereits im October 1883 zurückgewiesen habe. Die Zeit der Verhandlungen sei daher vorüber und der Augenblick zum Handeln gekommen. Frankreich habe die Conferenz in Berlin beschickt; es habe sehr wohl gewufst, was es wolle; es sei den alten Traditionen der Freundschaft mit England so treu geblieben, dafs England von freien Stücken seine guten Dienste in dem Conflict mit China angeboten habe. Die Creditforderungen wurden hierauf mit 191 gegen 1 Stimme genehmigt; die Rechte enthält sich der Abstimmung.

Die Deputirtenkammer führt die Berathung des Cultusbudgets zu Ende und stellt auf den Antrag der Regierung mehrere kleine Creditforderungen, welche die Budgetcommission gestrichen hatte, wieder her.

13. December. **Conflict mit China.** Der Commandeur Lacroix unternimmt einen Vorstofs gegen die neuen Werke des Feindes, welche die französischen Stellungen bedrohen. Die Chinesen werden aus ihren Werken vertrieben und verlieren 200 Mann an Todten und Verwundeten.

15. December. **Abstrich am Cultusbudget.** Die Deputirtenkammer stimmt bei der Berathung des Budgets des Unterrichtsministeriums, trotz des Einspruchs des Ministers, für die Aufhebung der Credite für die Facultäten der katholischen Theologie. Das Budget wird schliefslich genehmigt.

17. December. **Conflict mit China.** 2000 bis 3000 Chinesen greifen ein Dorf an, welches 8 km nordöstlich von Chu liegt. Ein Theil der Besatzung, welche aus der Fremdenlegion und tongkingesischen Scharfschützen besteht, ist den Feinden entgegengegangen, hat dieselben zerstreut und ihnen beträchtliche Verluste beigebracht. Die Franzosen hatten 24 Todte und Verwundete.

19. December. **Debatte über die Botschaft beim Vatikan.** In der Deputirtenkammer wird das Budget des Auswärtigen berathen. Ministerpräsident Ferry erklärt: in den letzten Jahren sei eine bestimmte Anzahl Mitglieder des diplomatischen und consularischen Corps entlassen worden, weil sie der Republik feindlich gesinnt gewesen und durch Freunde derselben haben ersetzt werden

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf

müssen. Er erkenne an, dafs dies nicht die Art der regelmäfsigen Stellenbesetzung sei, und man müsse auch von nun an in hierarchischer Weise vorgehen. Madier de Montjau verlangt die Aufhebung der Botschaft beim Vatikan. Der Ministerpräsident erklärt jedoch: die Aufrechterhaltung der Botschaft beim Vatikan sei vom politischen und religiösen Standpunkt aus nothwendig; im andern Falle müfste man das Concordat aufkündigen und das Protectorat der Katholiken im Orient aufgeben, welches andere Mächte in Anspruch zu nehmen sich beeilen würden. Er erinnert ferner daran, dafs protestantische Mächte beim Vatikan vertreten seien und nirgends die Vertretung nothwendiger sei. Der Minister weist schliefslich darauf hin, dafs der gegenwärtige Papst von versöhnlicher Gesinnung sei. Der Antrag Madier de Montjau wird schliefslich mit 293 gegen 168 Stimmen verworfen.

20. December. **Budget.** Die Deputirtenkammer genehmigt heute das gesammte Budget mit alleiniger Ausnahme des Extraordinariums. Die Rechte enthält sich der Abstimmung. Mackau erklärt: die Rechte lehne jede Verantwortlichkeit für das Budget ab; sie votire dasselbe nicht, denn das Budget sei nichts weiter als das organisirte Deficit.

27. December. **Amnestie.** Der Präsident Jules Grévy unterzeichnet das Decret zur Begnadigung der Luise Michel und der namhafteren, in dem Lyoner Anarchistenprocefs Verurtheilten.

Besteuerung der Ordensgesellschaften. Der Senat nimmt mehrere Artikel des Einnahmebudgets an. Batbie und Buffet bekämpfen den 9. Artikel, welcher religiösen Ordensgesellschaften eine Steuer auferlegt, als schädlich für die Interessen der Armen. Der erste Paragraph, welcher das Princip der Steuer festsetzt, wird mit 167 gegen 102 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über das Einnahmebudget im Ganzen wird dasselbe mit 174 gegen 34 Stimmen angenommen. Die Rechte enthält sich hierbei der Abstimmung und läfst erklären, dafs sie ein Budget nicht votiren könne, welches die dem Senat zustehenden Finanzrechte verletze.

28. December. **Conflict mit China.** Eine Depesche des Generals Brière de l'Isle, berichtet, dafs in der Umgegend von Hongyen mehrere Gefechte mit Seeräubern stattgefunden haben, bei welchen der Feind etwa 300 Todte und 2 Kanonen verlor, während die Franzosen keinen Verlust erlitten.

30. December. **Conflict mit China.** Ein officielles Telegramm meldet: die französischen Truppen hätten einen Vorstofs gegen Tuyenquan gemacht und den Chinesen beträchtliche Verluste beigebracht; die Verluste französischerseits seien unbedeutend gewesen.

Universitäts- und
Landesbibliothek Düsseldorf